

Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Abgabepreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Neben-Expedition: Neue Graupenstraße 5; Matzlaschke 106, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus für ein halbes Jahr 2,40 Rmt. + 8 Pf. Trägertocher + 0,50 Rmt. für ein Jahr 4,80 Rmt. + 16 Pf. Trägertocher + 1,00 Rmt. Durch die Post für ein Jahr 5,80 Rmt. + 16 Pf. Trägertocher + 1,00 Rmt. + 1,75 Rmt. einjährl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21237, Redaktion 21238
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeilemeter für geschäftliche Anzeigen aus Schließen 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 100 W. Familienanzeigen, Stellenangebote, Sielwörter, Vereins-, Besammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1. Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Macdonald und Henderson Mitte Juli in Berlin

Die Einladung endgültig angenommen - Termin bereits festgesetzt

Der englische Ministerpräsident Macdonald und der amerikanische Außenminister Henderson haben die Einladung der Reichsregierung zu einem Gegenbesuch in Berlin endgültig angenommen. Sie treffen am 17. Juli in Berlin ein und werden bis zum 19. Juli in der Reichshauptstadt verbleiben. Macdonald und Henderson begeben sich dann zum internationalen Sozialistenkongress nach Wien. Der Besuch der beiden englischen Staatsmänner, die in Deutschland ebenso freundschaftlich und herzlich empfangen werden, wie der deutsche Reichskanzler und der deutsche Außenminister in England in Empfang genommen wurden, hat hohe politische Bedeutung. Er ist weit mehr als ein bloßer Höflichkeitbesuch, als der er nach außen erscheint. In Berlin werden die in Chequers begonnenen Beratungen über die Weltkriege und das Reparationsproblem fortgesetzt, und wenn auch nicht abgeschlossen, so doch einer klaren Klärung entgegengeführt werden, die für den

Verlauf der drei Tage später beginnenden Erörterungen der Reichsregierung mit maßgebenden Herren der amerikanischen Regierung eine ziemlich Bedeutung haben dürfte. Als Sozialdemokraten erfüllt es uns mit besonderer Freude, daß Mitglieder der englischen Arbeiterregierung Deutschland in seiner Not zuerst die Hand zur Abwehr der Wirtschaftskrise gereicht haben und weiterhin gemeinsam mit uns bemüht sein wollen, uns im Rahmen des Möglichen Hilfe angedeihen zu lassen. Zwar ist das Reparationsproblem noch nicht aufgerollt, aber das es schon in aller nächster Zeit aufgerollt werden wird, steht heute außer jedem Zweifel. Der englische Ministerpräsident Macdonald wird am 17. Juli mit dem Flugzeug nach Berlin kommen. Außenminister Henderson wird vor seinem Besuch in Berlin einige Tage in Paris weilen und mit der Eisenbahn in der Reichshauptstadt eintreffen.

Krise überall

Wie in Deutschland so in Oesterreich

Wien, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Lage in Oesterreich ist, wenn man Großes mit Kleinem vergleichen kann, ebenso traurig und ausweglos wie im Deutschen Reich. Wohl gibt es hier nicht jene politischen Spannungen, die Deutschland an den Rand des Bürgerkrieges führen können, aber die wirtschaftliche Lage ist in Oesterreich nicht minder trostlos. Der Versuch, die Kreditanstalt zu retten, stellt sich allmählich nicht nur als hoffnungslos heraus, sondern geht jedenfalls auch weit über die Kräfte des kleinen österreichischen Staates. Die Folge ist, daß man die Kreditanstalt nicht rettet, aber die Nationalbank gefährdet. Sie ist heute bereits der eigentliche Krisenherd.

Die Kreditanstalt hatte ihr ganzes Eigenkapital verloren. Der österreichische Staat hat es ihr ersetzt und darüber hinaus noch weitere 40 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Die Hoffnung war, daß sich die Kunden der Bank nach dem Erfah ihres Verlustes beruhigen und ihre Einlagen bei der Kreditanstalt belassen würden. Indessen ist unter den inländischen Gläubigern eine nicht zu bannende Beunruhigung eingetreten, die inzwischen zu großen Abhebungen geführt hat. Die Mittel hierfür konnte die Kreditanstalt ebenfalls nur von der Nationalbank erhalten, die infolgedessen ihren Notenumlauf ganz bedenklich steigern mußte. Man nimmt an, daß die Nationalbank in den Taschen der Kreditanstalt bereits 600 Millionen Schilling geworfen hat. Dabei ist das Ende noch gar nicht abzusehen. Diese Situation der Kreditanstalt hat dazu geführt, daß auch die ausländischen Gläubiger Schwierigkeiten zu machen begannen. Die Regierung sah sich deshalb gezwungen, von dem Parlament eine Ermächtigung zu fordern, nach der sie für Einlagen in der Kreditanstalt staatliche Haftung gewähren kann. Damit sollte erreicht werden, daß ausländische Finanzgruppen bei der Kreditanstalt neue Einlagen machen und der inländische Abfluß weitgemacht wurde. Diese Hoffnung hat sich aber als trügerisch erwiesen. Vielmehr haben die ausländischen Gläubiger der Kreditanstalt gedroht, daß sie ihre Einlagen sofort kündigen werden, wenn nicht der Staat für sämtliche Einlagen eine Garantie übernehmen würde. Die französischen Gläubiger sollen außerdem verlangt haben, daß Oesterreich auf die Fokunion für immer verzichtet. Unter dem Druck dieser Drohungen und Erpressungen hat der Finanzminister die staatliche Garantie für etwa 80 Millionen Dollar ausländische Guthaben bei der Kreditanstalt übernommen. Erst daraufhin verpflichtete sich das Gläubigerkongress, die Einlagen bei der Kreditanstalt zwei Jahre stehen zu lassen.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß diese Garantie gegen Oesterreich nach zwei Jahren geltend gemacht werden wird, aber bei der fragwürdigen Lage der Kreditanstalt darf man sie dennoch nicht nur als Formalität betrachten. So entsteht die Frage: Wer garantiert für Oesterreich? Der Staat hat für die Kreditanstalt Auszahlungsgarantien bereits an eine Milliarde Schilling übernommen. Das hält seine wirtschaftliche Lage nicht aus. Dieses Mißverhältnis hat zu einer Beunruhigung geführt, die zu einer Panik auszuarten droht. Das Mißtrauen der Bevölkerung hat bereits auf andere Banken übergegriffen. Jetzt verlangen auch die Gläubiger der Sparkassen ihre Guthaben zurück, um sie in ausländische Wäluen umzusetzen. Der Denienstand der Nationalbank wird also ununterbrochen angegriffen, wenn auch im letzten Augenblick eine gewisse Hilfe dadurch erfolgt ist, daß englische Finanzkreise 150 Millionen Schillinge, die die Regierung emittiert, um ihre Aktion für die Kreditanstalt durchzuführen, übernommen und sofort eingezahlt haben. Die anfängliche Erleichterung scheint jedoch nicht anzuhalten. Am Mittwoch und Donnerstag war der Andrang insbesondere bei den Sparkassen sehr beträchtlich. Die Schwierigkeiten werden erhöht durch die Abgänge im Bundeshaushalt und die bei den Bundesländern und Gemeinden. So wird das Defizit im Bundeshaushalt bereits auf 250 Millionen Schilling geschätzt. Alle diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben sich in den letzten Tagen als so katastrophal erwiesen, daß die Regierung gezwungen war, zurückzutreten. Die Garantien, die der Finanzminister gegenüber dem ausländischen Gläubigerkongress übernommen hatte, beantwortete zunächst der Landeshauptmann Innenminister mit der Rücktritt. Da aus dem Kabinett in der Zwischenzeit bereits 3 Minister ausgetreten waren, ohne daß für sie Ersatz geschafft worden wäre, und das Kabinett im Nationalrat auf keine Majorität mehr rechnen konnte, hat es bemissioniert. Nun hat sich eine bedeutsame politische Wendung vollzogen. Der bisherige Bundeskanzler Eder, der ohne Zweifel auf allen Seiten ein gewisses Vertrauen genießt, hat sich bereit erklärt, ein neues Kabinett zu bilden, stellt aber die Bedingung, daß seiner zweiten Regierung

Eine wichtige Anregung

Die Bergarbeiter verlangen internationale Regelung der Rohlenwirtschaft

Genf, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die Vertreter der Bergarbeiter-Internationalen nahmen am Donnerstag bei dem Rohlenkongress des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes einen bedeutsamen Schritt. Sie machten die Mitglieder des Ausschusses darauf aufmerksam, daß die Annahme des Kohlenarbeitszeit-Abkommens in der Internationalen Arbeitskonferenz (I. Gewerkschaftsbeilage) eine neue Situation entstehen sei, die sehr wohl die Wiederaufnahme der internationalen Kohlenberhandlungen nach sich ziehen könne. Auf sozialpolitischem Gebiet sei nun die Verständigung erzielt. Es müsse darauf ausgegangen werden, auch den wirtschaftlichen Fortschritt zu erreichen. Das Wirtschaftskomitee habe dazu der geeignete Boden. Diese Auffassungen, die von Dejardin-Belgien und England betont wurden, fanden ihre Ergänzung durch

Ausführungen von Dr. Berger-Böhm, der darauf hinwies, daß ein Völkerbundsausschuss für Rohlenwirtschaft geschaffen werden müsse, daß der Völkerbund der geeignete Rahmen sei, um ein Abkommen zwischen der Kohleproduzenten zu ermöglichen und daß eine diplomatische Konferenz für die Unterdrückung des Kohlenprotektionismus einberufen werden müsse. Diese Konferenz solle ein Abkommen schaffen zur gegenseitigen Ausschaltung der Hindernisse für die Ein- und Ausfuhr der Kohle. Die Kompetenz des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes sei unbedingt gegeben. Ein Erfolg werde nur durch die Mitarbeit der Arbeitererschaft erreicht werden.

Der Vorsitzende des Komitees, Di Nola-Italien, betonte, daß die Kohlenkommission nur eine Delegation des Wirtschaftskomitees sei. Sie übernehme aber die Aufgabe, die Vorschläge der Bergarbeiter-Internationalen zu prüfen und sie dem Komitee mit Empfehlung zu übergeben.

Herr Dingeldey wählt weiter

Gegen das Schlichtungswesen und das Tarifrecht - Was hat Brüning zugesagt?

Die Deutsche Volkspartei will befreien. Wen und was? Natürlich das deutsche Volk von unerträglichen Reparationslasten. Das wollen wir auch. Aber für die Volkspartei gibt es eine dringlichere Befreiung. Vernehmen wir, was Herr Dingeldey in einem Artikel der „Königlichen Zeitung“ sagt:

„Es handelt sich um die Aufgabe, den Reichskanzler selbst aus einer Lage zu befreien, in der er durch die Unzulänglichkeit einzelner und die verhängnisvolle Kraft revolutionärer Erscheinungen gefesselt, zum entschlossenen Handeln keine Möglichkeit finden kann.“

Mit dieser Absicht wird der erste Beschluß der volksparteilichen Fraktion für die Einberufung des Reichstages zu stimmen. Der Beschluß der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei vom Donnerstag, dem 11. Juni, sollte, so sagt Dingeldey, diese Fesseln sprengen (Von roten Ketten macht auch er usw.) und dem Reichskanzler eine freie Bahn schaffen.“

Und wie soll die Lösung der Fesseln vor sich gehen? Wir wissen es schon: durch eine Veränderung in der Zusammensetzung des Kabinetts, und in dieser Beziehung finden wir höchstens insofern in dem erwähnten Artikel etwas Neues, als mit anerkannter Deutlichkeit der Rücktritt des Reichsfinanzministers Dietrich gefordert wird. Aber man bekennt sich nicht mehr auf den Ruf nach neuen Persönlichkeiten, sondern man will diese neuen Persönlichkeiten auch auf eine neue Bahn stellen. Die neue Bahn wird auch mit ausnehmender Klarheit gekennzeichnet. Sie soll so aussehen, daß sich ihr staatspolitische Kernpunkt und die Grundanschauung der staatspolitischen Denkens mit dem vaterländischen Freiheitsfinn verbindet. Da indessen diese Richtlinien noch nicht präzise genug sind, wird das Ziel an einer anderen Stelle des Dingeldeyschen Artikels wesentlich schärfer herausgestellt. Das gesamte deutsche Wirtschaftsleben, so heißt es da, werde unter einer Erstickung, unter einem Zwange des ganzen Wirtschaftssystems, das in den letzten Jahren seit der Revolution aufgebaut worden sei. Dieser Zwang und diese Erstickung müsse von uns genommen werden. Und dann noch schärfer:

„Die schwierigste Aufgabe besteht darin, die freie Beibehaltung des Einzelnen, die Freiheit des Arbeitsmarktes unter der Ausgestaltung staatlichen Zwanges durch Wiederherstellung der Selbstverantwortung des Einzelnen wie der Organisation zu schaffen.“

ordnung und den Einbruch in das Tarifrecht verlangt. An sich überrascht das nicht, da wir ja in den letzten Tagen mehrfach gehört haben, daß die Partei der Schwerindustrie jede Abänderung der Notverordnung im Sinne der Wünsche der Arbeitererschaft von der Bewilligung solcher Gegenforderungen abhängig mache. Aber wesentlich wichtiger ist und bleibt die Frage, ob und welche Aussichten Herr Dingeldey bei seinen Besprechungen mit Brüning eröffnet worden sind. Herr Dingeldey selber sagt darüber, das die Aussprüche nur gegründet seien auf dem Vertrauen zwischen den Persönlichkeiten, die sie getroffen hätten. Es seien keine Verträge und keine Beschlüsse für die Öffentlichkeit.“

„Ohne die gemaltsame Zerstörung eines Rebells, der unteren inneren Zustand verbogen hat ohne den entschlossenen Versuch, eine eskalierte Lage wieder in Bewegung zu bringen, hätte der Kanzler die Grundlage der Handlungsfreiheit nicht wieder gewinnen können. Ich habe auf Grund von Auseinandersetzungen die in so bitter ernsten Stunden für das ganze Volk geführt wurden, die Ueberzeugung, daß die Entschlüsse durch die Handlungen gerechtfertigt werden.“

Hier also wird unumwunden von gefassten Entschlüssen gesprochen, denen nur noch die Ausführung zu folgen hat. Wir fragen: Wen läßt man hier und wer läßt? Erzählt Herr Dingeldey seinen Anhängern einschläfernde Märchen oder hat der Reichskanzler ihm tatsächlich bestimmte Zusicherungen gemacht? Wir haben das Recht, eine Antwort zu verlangen, die, um mit Martin Luther zu sprechen, keine Hörner und Zähne hat. Wir müssen aus dem Nebel der Ungewißheit heraus, und es ist unabwendbare Pflicht der Reichsregierung, ihn alsbald zu zerstreuen.

Der Parteivorstand und die Wahlkreisvorstehenden der Deutschen Volkspartei, die am Donnerstag in Berlin zu einer Besprechung der politischen parlamentarischen Lage zusammengetreten waren, nahmen eine Entschlossenung an, in der es heißt, daß der Kampf weiter geht. „Im Ziel wäre und bleibe die Partei völlig einig. Dieses Ziel sei in den bindenden Abmachungen des Parteiführers mit dem Reichskanzler unabweisbar vorgezeichnet und diese Abmachungen müßten in kürzester Frist durchgeführt werden.“

Welcher Art diese Abmachungen sind, dürften die Herren der Volkspartei selbst nicht wissen. Ihre Entschlossenung ist im wesentlichen als ein Mandat gegenüber ihrer von Tag zu Tag mehr zusammenkrumpfenden Wählererschaft zu betrachten.

Die Deutsche Volkspartei den Abbau der Schlichtungs-

Indrag auf die finanziellen Notwendigkeiten außerordentliche Maßnahmen gegeben werden.

Ein Notverordnungsrecht, wie es die deutsche Verfassung vorsieht, kennt Oesterreich nicht. Deshalb soll die Finanzverwaltung der Regierung durch ein verfassungsänderndes Gesetz ermöglicht werden. Diese Maßnahme kann ohne die Stimmen der Sozialdemokraten nicht zustandekommen. Es ist aber unwahrscheinlich, daß eine Zustimmung gefunden werden könnte, die den Sozialdemokraten die Zustimmung zu diesem Notverordnungsrecht ermöglichen würde.

die Beforgnis aller derjenigen, die noch über eine Einlage verfügen, daß ihre Maßnahme heftiger wird. So unüberdärf die politische Krise, die ihre Ursache in dem ökonomischen Elend hat, auch scheint und ist, dennoch muß sie bald behoben werden.

Paris, 19. Juni. (Eig. Junbericht.)

Im französischen Finanzministerium fand am Donnerstag unter dem Vorsitz des Finanzministers und Handelsministers eine Konferenz von französischen Industriellen und Bankiers statt, die sich mit der finanziellen Lage Oesterreichs und der Unterstützung von österreichischen Geschäftsbetrieben auf dem Pariser Markt zwecks Gewährung eines Kredits an die österreichische Nationalbank beschäftigte. Eine Studienkommission von französischen Industriellen und Bankiers wird demnächst nach Oesterreich reisen um die Möglichkeiten eines umfangreichen Warenaustausches zwischen Frankreich und Oesterreich zu prüfen.

der Lohnsteuerveränderungen und die diesmalige sozialistische Aktion der Beamten zur Großindustrie ihm immer wieder die Erwägung ob es nicht möglich sei, die noch vorhandene Feuerliche der Großbesitzer durch den Verkauf von Staatsaktien zu mildern.

Darf man fragen, ob diese Personalveränderung ein Anfang der von der Volkspartei geforderten Umgestaltung des Kabinetts zu betrachten ist?

Stegerwald über Notverordnungsrecht

Berlin, 19. Juni. (Eigener Junbericht.)

Reichsarbeitsminister Stegerwald sprach am Donnerstag auf einer Tagung der Berliner Frauensleute der christlichen Gewerkschaften einen Vortrag über den Kampf um die Notverordnung.

Das deutsche Volk — so führte Stegerwald aus — gegenwärtig vor folgender Wahl: Soll die Regierung einige Jahre harte Opfer auferlegen, dafür aber die demokratische Staatsform über die größte deutsche Hindernisse, oder aber soll der Staat einer Rechtskränkung antwortet werden, die dem deutschen Volk noch höhere Opfer auferlegen würde, um mit den fragwürdigsten Experimenten die durch den Weltkrieg von 1914 geschaffen worden könne gegenwärtig den loyalsten Menschen der Welt zum Arbeitsminister machen, aber auch der könne auf dem Schilde von 1931 ebensowenig eine geordnete und bestrebtigende Politik machen, wie man auf einem Mißhaufen ein Kunstballett aufzuführen könne.

In den nächsten Monaten und dem nächsten Winter Arbeiterfrage vor der Frage: Soll die Arbeitslosenversicherung beibehalten oder soll sie wieder in eine Erwerbslosenversicherung umgewandelt werden. Eine Reihe von Vorschlägen in die Form einer Arbeitslosenversicherung nicht treffen über diese Tatsachen siehe man vor drei Möglichkeiten: Erstens: Entweder würden die für die Arbeitslosenversicherung ungeeigneten Beschäftigungen in der Arbeitslosenversicherung anders behandelt wie die übrigen Berufs- und Zweigarten; oder sie müßten aus der eigentlichen Arbeitslosenversicherung ausgeschieden werden.

Dr. Stegerwald teilte dann noch mit, daß der Devisenmarkt eine Willkür während der Krise der Welt die Kündigung von Krediten an die private Wirtschaft von etwa 2 1/2 bis 3 Milliarden zur Folge gehabt hat. deutet zwar keine Währungsgefährdung, aber eine drohende große Stille, und damit eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit in kurzer Zeit. Schon seit März habe festgestellt das Reich für Juni einen kurzfristigen Kredit von 250 Millionen Mark benötigen würde. Dieses Kreditabkommen am Donnerstag, dem 11. Juni, zwischen dem Reichsfinanzministerium, der Reichsbank und Privatbanken abgeschlossen worden. Wenige Stunden danach habe die Deutsche Volkspartei die Einberufung des Reichstages beschlossen. Dieser Beschluß habe bewirkt, daß allein am Tage über 200 Millionen Mark Devisen abgezogen worden. Daraufhin hätten die Banken erklärt, daß sie nicht mehr leisten, die Vereinstanzung von vorkriegsigen Aktien einzulösen, weil sie selbst nicht mehr den in Aussicht gestellten Wert zutreiben vermöchten.

Der anfangs zugelegte, inzwischen aber von den Banken gegebene Kredit ist am Donnerstag endgültig zugelegt.

Stahlhelm best im Ausland zum Kriege

Stahlhelmversammlungen in Holland

Amsterdam, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

In der süd-holländischen Stadt Venlo nach einer Meldung des sozialistischen „Het Volk“ in Zeit wiederholt Stahlhelmversammlungen gefunden. Am 18. Mai habe dort Graf von Hoens gegen das Young-Abkommen gesprochen und erklärt, daß der Stahlhelm alle im Weltkrieg verlorengegangene Gebiete der Waffe zurückerobern wolle. Besucher der Versammlung die sich kritisch verhalten hätten, seien mit Ohrfeigen worden. Ein weiterer Aufmarsch des Stahlhelms sei für den 12. Juli in Aussicht genommen.

„Het Volk“ fordert die holländische Regierung auf, das verbrecherische Treiben deutscher Kriegshetze auf holländischem Boden sofort und für immer unmöglich zu machen.

Kampf um den Panzerkreuzerbau in Frankreich

Starke Opposition gegen den Bau — Die französischen Sozialisten lehnen ab

In der Kammer begann am Donnerstag die Debatte über das Marinebauprogramm für das Finanzjahr 1931/32. Dieses Programm sieht die Inangriffnahme des Baues eines Panzerkreuzers von 2300 Tonnen, zwei kleinerer Kreuzer von je 7500 Tonnen und eines Transportschiffes bzw. vier Begleitschiffe vor, die zusammen etwa 1,3 Milliarden Francs kosten. Von dieser Summe wird in diesem Jahre nur ein kleiner Teil angefordert.

Im Verlauf der Debatte spielte der neue Panzerkreuzer „Deutschland“ eine große Rolle. Der von der französischen Regierung beabsichtigte Bau des 2300-Tonnen-Kreuzers ist als Antwort auf den deutschen Panzerkreuzer gedacht. Darauf wies der erste Redner, ein royalistischer Abgeordneter, sofort hin. Trotzdem wurde der geplante Bau dieses Linienschiffes von fast allen Rednern kritisiert. Selbst der royalistische Abgeordnete äußerte Bedenken. Er erklärte schließlich, daß er für den Gelehtwurf zustimmen würde, wenn die französische Regierung sich mit aller Kraft bemühe, in Genf eine Herabsetzung der Flottenrüstungen durchzusetzen.

Im Namen der sozialistischen Fraktion sprach sich der Abgeordnete Renaud gegen den Bau des Panzerkreuzers aus, weil diese Seite angehöre der allgemeinen Abrüstungskonferenz für Frankreich sehr gefährlich sei. Die Frage werde zunächst sein, daß Deutschland den Bau der übrigen ihm im Versailler Vertrag zugesprochenen Kreuzer beschleunigen würde. Zwischen dem Redner und Herriot entspann sich darauf ein Zwiegespräch, in dessen Verlauf Herriot den geplanten französischen Kreuzer mit den deutschen Kreuzern verteidigte, die allen übrigen Schiffen gleichen Tonnageinhalts überlegen seien. Er sei zwar noch nicht davon überzeugt, daß Frankreich als Gegengewicht ein Linienschiff von 23000 Tonnen bauen müsse, aber man müsse die Gefahr und die Anstrengungen Deutschlands nicht unterschätzen. Renaud erwiderte, daß vorläufig erst ein deutscher Kreuzer vorhanden sei und daß, wenn alle Länder in derselben Weise wie Frankreich vorgehen sollten, man schließlich wieder zu dem alten Rüstungswettlauf zurückkehren würde. Infolgedessen hätten die Sozialisten den Gelehtwurf nicht billigen. Der Berichterstatter der Marinekommission verteidigte das Bauprogramm und machte unter anderem darauf die noch nicht ganz klaren Absichten Italiens auf dem Gebiet des Kriegsschiffbaues geltend.

Im Verlauf der Beratungen sprach ferner der sozialistische Abgeordnete Paul Boncour. Er hielt eine glänzende Rede, die fast von der ganzen Kammer mit großem Beifall aufgenommen wurde, obwohl sich der Redner ebenfalls gegen den 2300-Tonnen-Kreuzer aussprach. Er erklärte gleich zu Beginn, daß nach seiner Ansicht die Herabsetzung des vorliegenden Gelehtwurfes das Scheitern der nächsten Abrüstungskonferenz zur Folge haben könnte. Er könne nur für das Flottenbauprogramm eintreten, wenn er wüßte, daß es dem Problem der Abrüstung dienlich sei. Frankreich habe sich nach dem Kriege von dem Bau großer Linienschiffe abgewandt, weil sich gezeigt habe, daß derartige Stahlschiffe zu leicht verwundbar seien. Es sei eine Lösung der Tragheit, wenn man den Bau des deutschen Kreuzers von 10000 Tonnent einfach mit einem Kreuzer doppelter Tonnage behaupten wolle. Die französischen Marine-Ingenieure hätten eine geistreichere Lösung finden müssen. Ferner wies Paul Boncour darauf hin, daß Italien, das den Bau von Linienschiffen bis zum nächsten Jahre zurückgestellt habe, dann das Recht haben werde, Frankreich dafür verantwortlich zu machen, daß es einen noch härteren Kreuzer bauen müsse. Schließlich sei ein einziges Linienschiff nicht brauchbar. Man müßte mindestens eine Flotte besitzen. Wenn die Kammer den Bau dieses Schiffes billige, so billige sie im voraus den Bau von weiteren drei oder vier Schiffen dieser Art. Ein solches Vorgehen werde auf der Abrüstungskonferenz alle Welt gegen Frankreich einnehmen. Die französische Regierung müsse in Genf die Initiative bei den Bemühungen um die Abrüstung übernehmen.

Nur ein Teilerfolg des Marineministers

Im Verlauf der Kammerdebatte über das Marinebauprogramm nahm am Donnerstag gegen Abend unter anderem der französische Marineminister das Wort. Er erklärte, daß auch die Regierung eine Herabsetzung der Flottenrüstungen wünsche, vorläufig müsse sie den Gelehtwurf aufrechterhalten, da alle anderen Staaten ihre Flotten ebenfalls ausbauen. Was Deutschland anbetriffe, so habe es die Lehre beibehalten, die sich aus der Kreuzfahrt der „Emden“ ergeben habe. Es sei daher im Begriff, eine Flotte von sechs „Emden“ mit großem Aktionsradius und großer Geschwindigkeit zu bauen, um die französischen Seewege abzusperren. Die französischen Marinefachverständigen sehen keine andere Möglichkeit, als Schiffe von mindestens 23000 Tonnent zu konstruieren, um die deutschen Kreuzer zu überreffen. Immerhin sei der genaue Schiffstypus noch nicht festgelegt. Diese Frage müsse noch gründlich geprüft werden. Jetzt liege ihm vor allem daran, daß die Kredite bewilligt würden. Die Arbeiten für den Bau des Schiffes selbst würden auf keinen Fall vor der Genfer Abrüstungskonferenz beginnen.

Die Abgeordneten Herriot und Loucheur wandten gegen den Marineminister ein, daß die Debatte in Anbetracht dieser Erklärungen überflüssig sei. Das Ministerium möge erst die Frage des Schiffstypus genau prüfen. Während dieser Zeit würde die Abrüstungskonferenz stattfinden, und die Kammer werde dann wieder in der Lage sein, einen Beschluß zu fassen. Sozialisten und Radikale stellten daraufhin den Antrag, den Gelehtwurf an die Kommission zurückzuüberweisen. Die Kammer lehnte diesen Antrag jedoch auf Wunsch des Marineministers mit 381 gegen 196 Stimmen ab und trat in die Beratung der einzelnen Artikel der Vorlage ein.

In der Einzelberatung stellte Loucheur den Antrag, den ersten Kredit für den Kreuzer von 1000 Millionen auf 500 Millionen Francs (gleich 80 Millionen Mark) herabzusetzen. Dieser Antrag wurde gegen den Willen des Marineministers mit 453 gegen 15 Stimmen angenommen. Der ganze Gelehtwurf wurde schließlich mit den entsprechenden Änderungen mit 410 gegen 168 Stimmen bewilligt.

Paris, 19. Juni. (Eigener Junbericht.)

Das Marinebauprogramm wurde in einer abgeänderten Form gegen die Stimmen des größten Teiles der Sozialisten und Kommunisten angenommen. Von den Sozialisten stimmten nur wenige Abgeordnete für das Programm.

Die Herabsetzung des Kredites für die erste Baureihe von 1000 Millionen Franc auf 500 Millionen Franc erfolgte nicht gegen den Willen des Marineministers, sondern mit seiner Zustimmung.

Was ist da los?

Geplante Personalveränderungen im Reichsfinanzministerium

Am Sonnabend hält die Reichsregierung eine Sitzung ab, auf deren Tagesordnung das Thema: Personalveränderungen verzeichnet steht.

Was ist los? Noch hält sich die Regierung über ihre Pläne in Schweigen. Aber höher ist, daß man mit den Veränderungen im Finanzministerium beginnen will. Zunächst soll wie wir zuverlässig erfahren, Staatssekretär Schäffer vom Reichsfinanzministerium zurücktreten. Als sein Nachfolger wird der bisherige Direktor der Steuerabteilung des Ministeriums, Dr. Jarben, genannt. Schäffer soll mit einer Sondermission betraut werden. Von Dr. Jarben, der der Deutschen Volkspartei angehört und als besonderer Vertrauensmann der Schererindustrie gilt, weiß man, daß er seit langem auf einen härteren Rechtskurs in der Finanzpolitik hinarbeitet. Auf ihn geht die Beilegung

War es nicht Verschwendung des Lohnes, wenn die Fabrikarbeiter Emmerich Leisegangs Volkstheateraufführungen bis auf den letzten Platz füllten? Was hätten die Proletarier in den Vorträgen des Konrektors zu suchen, die man von der Humboldtakademie veranstaltet?

Pastor Lämmchen machte sich Gedanken. Er vermählte den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht. Daß im Jagd und Hetzen der Tage Unruhe unter die Menschen kam, konnte als Zuchttrute Gottes gedeutet werden. Aber eine Zuchttrute treibt zur Herde zurück. Hier lief alles auseinander. Man strebte vor allem von der Kirche fort. Irrlehren tauchten allerorten auf.

„Was hören wir, meine Lieben in Christo?“ redete er sonntäglich den Pudelwitzern in das Gemüt. „Der Antichrist geht um. Verführer predigen.“

Mach Dir das Leben nur recht schön! Kein Jenseit, gibt's, kein Wiedersehn!

Wohin soll das führen?

Das diese Frage hatte ihren Sinn. Auch Pastor Lämmchen fastete, wie viele in seiner Zeit, nach dem Sinn des Lebens. Er gestand sich, daß man etwas tun müsse. Aber was?

Die Antwort war nicht leicht zu finden. Als der junge Kaiser im Überschwang der ersten Regentenjahre das soziale Evangelium zu verwirklichen trachtete, kinkte der Oberkirchenrat bedenklich hinterdrein. Das konnte niemanden Wunder nehmen, denn auch hier stieß die Jugend gegen die alte Lehre des Evangeliums nicht von Gott, auch nicht von der Bibel, sondern einzig und allein vom Oberkirchenrat abzuweichen zu müssen, stieß in seinem Glauben gegen eine Festschranke.

Gute Absichten unterließen. Dalmater stand schon das Ja sagt. Denn als die Alternen endlich ungelernit hatten und im Evangelium auch die soziale Verpflichtung erkannten, ergriff die Pest die Pest. So den Pestkopf Friedrich Naumann wieder bekamen. So erst und willig

betont hatte man sich das Besinnen auf den Kern Christentums nicht vorgestellt. Ein Kopfnicken des Du von oben verpflichtet noch lange nicht zum Eifer von unten.

War nicht übrigens an allerhöchster Stelle das Interesse an der Verwirklichung des sozialen Evangeliums wieder gefläut? Pastor Lämmchen mußte sich eingestehen, daß Kaiser inzwischen andere Dinge wichtiger erschienen. Begeisterung war längst verraucht. Gern hätte er in Pwiltz die Pfadefriedrich Naumanns betreten. Aber kam man das wagen? Um Märtyrer der Überzeugung zu werden bedarf man eines entschiedenen Willens und eines starken Glaubens. Beides fehlte Pastor Lämmchen. „Man muß mehr fürchten als die Menschen!“ seedierte er seine Lehrgärten. „Und das andere Wort: Seid untertan der Obrkeit... verpflichtet zu einem Kompromiß zwischen Geboten. Wir werden vom Oberkirchenrat gewarnt, in Streit über die soziale Frage hinauszutreten. Warum weilt ich nicht, Christus ist ja auch zu den Armen herabgestiegen. Er war eigentlich der Anwalt der Bedrückten und Unterdrückten... Hml... In einem kann man allerdings Kaiser nachstreben. Er ist ein edler Christ. Es in dieser Beziehung — vielleicht der einzigen — Schwanken bei ihm... Also: Hinauf zu Christo... Da man nirgends anecken.“

Nachdem der Entschluß feststand, ließ Pastor Lämmchen seinen Sorgenblick über die Pudelwitz Jugend schweifen. Er wollte nicht, daß die Seele in die Hand scheren, für will von Jugend geführt werden.

War da nicht der Theo Tass Trill? Ein Junge aus ein Pärzlergeschlecht? Rank und schlank? Was gesetzlich würdig hatte er sich beim Begräbnisse des Vaters, des Ratherrn, gezeigt. Er war reifer und gesetzlicher erschien als seine Jahre vermuten ließen. Allerdings... (Fortsetzung folgt)

Theo Tass Trill

Der große Lügner

Eine deutsche Heldengeschichte von Erich Hermann. (Copyright 1931 by Schlesierdruck G.m.b.H. Breslau.)

(Nachdruck verboten)

Wie Pilze nach Sommergewitterregen bohrten sie sich durch die Decke des Verfalls. Jeder Deutsche einmal Vereinsvorsitzender! So hieß das Zeitgeschrei. Und ein öffentliches Wirken begann, das einem Versauern verzweifelt ähnlich sah und zu: Verspöberung führte.

Das Bürgerturn gebar aus sich selbst den Verfall. Es stieg in die Niederungen der runden Tische, auf denen die Faustschläge Gedanken unterstrichen. Begriff man nicht, daß Geistiges in der Stille geboren wird? Daß Schweigen der Gefahr ist?

Und noch ehe der dritte Stand zur Herrschaft gelangt war, entronnte er sich selbst. Er gab das Zepter ungebrochen weiter. Langst formierten sich die Heere der Zukünftigen. Opferbereite Scharen. Millionen zu Millionen.

Die Jugend machte den Alten Sorge. Wohin sollte ihre Großsprecheri führen? War man ihnen etwa nicht mit guten Beispielen vorangegangen?

Aber das Alle, Bewährte, schien vor die Hände gekommen zu sein. Niemand wurde seiner Tage nicht. Die Zeitlichkeit mußte ein Opfer sein der Welt. Die Welt, die die Pöbelstimm verstand, so wie sie nicht zu setzen, Grunda es nicht an Hochmut, daß Mensch und der Lohnzahlung der Arbeit in der Welt der Gerechtigkeit und Billigkeit. Stiegen sind die Freigabe der Bürgerlichen. Die Zukunft ist nur noch ein Schritt zum Überhand. Ein Schritt, der fallen könnte, die neue Zukunft, die neue Welt.

(Fortsetzung folgt)

Der Mord in der Badewanne

Mord eines Psychopaten — Psychologisches Problem oder Rase? — Ihre Jugend und indische Phantasien — Was geschah in der Badestube?

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III begann am Mittwoch der Prozeß gegen Mag. Thielecke, der am 6. August 1929 seine Mutter in der Badewanne durch zahlreiche Stiche getötet hat. Die Anklage lautet auf vorsätzlichen Totschlag.

Wie ein psychiatrischer Sonderfall steht der 28jährige Angeklagte in der Anklagebank; schmal, bleich, mit tiefliegenden, tränenreichen Augen, mit Händen, die niemals Ruhe zu finden scheinen und immer wieder wie in der Flucht vor sich selbst über die Anklagebank hinwegstreichen — jene Hände, die mörderischen Dolch führten, der die Mutter traf. Die Anklage lautet auf vorsätzlichen Totschlag.

Sein Leben hört sich an wie ein wilder, von seltsamen Phantasien erfüllter Roman. Schon der Beginn ist grotesk und schrecklich. Hier kamen gab man ihm auf den Lebensweg unter denen er sozulegen wählen konnte. Er wurde als uneheliches Kind eines Fabrikanten Krüger geboren, seine Mutter heißt Thielecke und soll angeblich aus einer polnischen Arbeiterfamilie stammen. Weiterhin spielte ein gewisser Neumann im Leben des Kindes eine Rolle, so daß Thielecke, wie er selbst nicht wußte, wie er sich nennen sollte. Um das Kind zu beschützen, legte er sich, der eine Vorliebe für indische Dinge hatte, den Namen „Sujamani“ zu. Die Mutter, die anscheinend exzentrisch und launisch war, nannte das Kind „Calistros“ nach einer Zigarettenmarke. Diese Mutter, die der Mörder, von unbezähmbarer Haß erfüllt, nur als „Barmund“ spricht, schildert in den düstersten Farben. Thielecke behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben, die Mutter habe ihm ständig nach dem Leben getrachtet. Thielecke schildert seine Kindheit. Schon in frühesten Jahren er unter den Launen und hysterischen Ausbrüchen „seiner Mutter“ sehr zu leiden gehabt. Kleinigkeiten hätten oft Anfälle von unbeschreiblichen Szenen gegeben. „Allerdings, manchmal auch gut zu mir.“ Vorsichtiger: „Sie sind aber doch, einmal bei der Vernehmung angegeben haben, gut mit der Mutter ausgekommen?“ — Angeklagter: „Herr Richter, stellen Sie sich einen Hund vor, der vor Freude jault,

wenn man ihm einen Brocken hinwirft. So war mein Verhältnis zur Mutter. Wie einen Gefangenen hat sie mich gehalten, nie durfte ich auf die Straße. Nie habe ich mit anderen Kindern spielen dürfen.“ Schon als Kind war Thielecke trübsinnig, teils hemmungslos phantastisch. „Ich glaube früher, daß Jesus mein Vater sei. Wie ich dazu gekommen bin, kann ich selbst nicht sagen. Meine Mutter hatte mir einmal ein Jesusbild gezeigt. Aber dann lernte ich eines abends durch Zufall meinen richtigen Vater kennen. Er kam, um meine Mutter zu besuchen und legte mir Süßigkeiten aufs Bett. Sie dachte, ich schlief, aber ich habe alles beobachtet. Und so wußte ich Bescheid.“ Im Sommer 1919 kam Thielecke in das bekannte Väterzuhause nach Biedersteiner, Einzelgänger. Seine Leidenschaft waren Sprachen. Mit wahrer Inbrunst fürzte er sich auf das Indische, dessen Geist ihm, wie er sich ausdrückt, die Bibel ersetzte. So beherrschte er die Tafelgespräche und betrauerte sich an der romantischen Musik dieses verschollenen Idioms.

Breit und in merkwürdigen Details schildert der Angeklagte die angebliche Hölle, die ihm das Zusammenleben mit der Mutter, „dem Barmund“, bereitet habe. „Als Fünfzehnjähriger wollte sie mich einmal ertränken und immer wieder mußte ich die Worte hören: „Du Balg! Wenn ich dich nicht hätte, könnte ich in einem Palast wohnen.“ Einmal überfiel sie mich so, daß ich umfiel, worauf sie mit den Schuhen auf mir herumtrat und hysterisch ausrief: „Du mußt bestimmt aus der Welt! Du darfst nicht länger leben.“ 1925 jenseitigt sie mir sogar die Garderobe, um mir keine Möglichkeit zu geben, aus dem Hause zu gehen, und bald darauf wollte sie mich umbringen, indem sie mir Zyanid in der Kaffee tat. Ich fiel in Krämpfe und mußte mich übergeben. Zweimal stand der Gashahn auf, zweimal bin ich aufgewacht und habe es gemerkt und den Anschlag vereitelt.“ Und so geht es weiter. Eine Zeitlang war Thielecke auf Reisen, in Paris, Marseille, USA und in Mexiko. Aber dann kam er zurück und das Elend brach von neuem aus. Thielecke verheiratete sich, wohnte erst möbliert und zog dann wieder zur Mutter, trotzdem er sie als so unerträglich schilderte. „Immer lief sie mit einem Schlagring und mit einem Schloß in der Tasche umher. Immer häufiger wurden die Morddrohungen, immer wieder sagte sie: „Es hilft ja nichts. Ich werde euch alle drei umbringen lassen.“ Aber meine Mutter war auch eine sehr große Tierliebhaberin.“ Sie züchtete Wagnen und Mäuse, die sie aufs liebevollste verpflegte und fütterte und die ihr heilig waren.“

„Das hättest Du nicht machen sollen“

Dann schildert Thielecke die Tat. Er will wie im Nebel andelt haben, keine Erinnerung mehr haben, nur ahnen, wie es war. „Ich kam spät abends nach Hause. Meine Mutter lag in der Badewanne und rief mich herein. Wir unterhielten uns wie gewöhnlich. Als ich beim Waschen die Seife auf die Erde fiel und ich mich bückte, um es aufzuheben, rief sie mir das Dolchmesser, das ich immer an der Seite aus der Scheide. O Gott, dachte ich, nun ist alles verloren. Ich bin in eine Falle geraten. Wie im Nebel sah ich meine Mutter über mich. Ich sah sie nicht, ich fühlte sie nur. Bei mir kurzschluß. Dann muß eine Balgerei stattgefunden haben. Ich sah das Messer in der Wanne liegen... Auf einmal war die Wanne voll Blut. Es war ich selbst... Aus einer Wunde floß ich glaube es kam von ihrem Herzen. Meine Mutter heulte auf, wie ein Wolf, dann schrie sie: „Halt Du! Du zerst! Du zerst!“ Einmal kam meine Hand in ihren Mund. Woher weiß ich nicht. Ich sah nur ihre Hände. Dagegen mußte ich mich wehren. Ich konnte nicht anders. Ich habe mich nur gewehrt. Ich habe ich wahrscheinlich die Wanne ausgepült. Ich habe alles sauber gemacht und den Körper zusammengeschnitten wie eine Mumie. Dann habe ich nach Schmuckstücken gesucht.“ Vorsichtiger: „Was bezweckten Sie damit?“ Angeklagter: „Ich hatte die Idee, daß es eine Beerdigung sein sollte. Ich habe gar nicht den Begriff gehabt, daß überhaupt ein Mord vorliegt, sondern ich hatte den rein sachlichen Begriff von einer Mumie. Dann muß ich weggegangen, zurückgekehrt sein und mich schlafen gelegt haben.“ Vorsichtiger: „Von alledem Sie keine positive Erinnerung?“ Angeklagter: „Er sei dann am nächsten Morgen zu seiner Frau gekommen und habe ihr das Vorgeschahene kurz erzählt. Sie sagte: „Hättest Du nicht machen sollen.“ Jetzt habe er zum erstenmal fangen zu denken. Bis dahin habe er sich ganz leicht gefühlt. Er habe seiner Frau nun gesagt, er werde angeben, daß die Mutter ihn mit der Pistole bedroht habe. Das habe er auch, aber später widerrufen. Auf dem Wege zur Polizei habe er wieder merkwürdig leicht gefühlt.“

übrigen ein nicht ungünstiges Urteil über den Angeklagten, den sie seinerzeit gleichfalls kennengelernt hatte. Frau Hirschmann, eine Frau in den mittleren Jahren, hatte sich einst sehr für den Jungen interessiert und wollte ihn adoptieren. Fast leidenschaftlich nimmt sie für den Angeklagten Partei, der in Gegenwart der Mutter immer sehr verschlossen gewesen sei und erst aufblühte, wenn sie fort war. Weiterhin habe die Mutter „Calistros“ zu Unwahrheiten angehalten und ihm den Namen der Zigarettenmarke der Fabrik seines Vaters gegeben, um ihn als Schandkinder seinen Erzeuger in der Welt herumlaufen zu lassen. „Das hat mir Frau Thielecke selbst gesagt.“

Völlig entgegengesetzt ist das vernichtende Urteil, das die Frau seines Vaters über ihn abgibt. Sie berichtet, daß er einmal grundlos der Mutter bei Tisch zugerufen habe: „Das Weib hasse ich“, worauf er ein Transiermesser zog und es nach ihr warf. Daraufhin sei er von seinem Vater geohrfeigt worden. Die Mutter, mit der sie, Frau Krüger, freundschaftlich verkehrt habe — der Ehebruch war längst verziehen — sei eine sehr angenehme und menschlich wohlthuende Frau gewesen. „Calistros“ aber habe einmal zu ihr gesagt: „Ich habe eine ganze Anzahl

Neue Herrenmode?



Beim „Rode-Renntag“ auf der Berliner Grunewald-Rennbahn zeigten Arm in Arm mit zwei Trägerinnen der neuesten Damenmode auch zwei Männer ein Beispiel neuer Herrenkleidung.

Das Wellengrab von Nazaire

Gestern fand in Nantes in Gegenwart Briands, der Abgeordneter des Departements Loire Inferieur, das Begräbnis der bisher geborgenen Opfer der schrecklichen Schiffskatastrophe an der Lotremündung statt. Der Handelsminister will immer noch in Nantes, um die Bergungsarbeiten, zu denen sich die Lossenvereinigungen und die Schleppdampfer von Nantes zur Verfügung gestellt haben, persönlich zu sein. Man will den gesunkenen Dampfer nach Möglichkeit heben, da die meisten Verunglückten sich im Schiffsinneren befinden müssen.

Von den 467 Passagieren, die Fahrtkarten gelöst hatten — außer ihnen war eine noch nicht feststehende Anzahl von Kindern

Giftflaschen. Wenn ich will, kann ich den ganzen Ort vergiften.“ Eines Tages sei er an sie herangetreten und habe zu ihr gesagt: „Lante, wenn du deinen Alten loswerden willst, vergifte ich ihn dir.“

Warnungszeichen an Brünning

Raubüberfall durch verhungerte Erwerbslose
Gestern früh wurde in Berlin der Geldbrieftäger Assant in einem Hausflur von zwei jugendlichen Männern überfallen. Er konnte sich mit seinem Gummiknüppel und einer Pistole zur Wehr setzen, so daß die beiden von ihm abließen. Während der eine Räuber festgenommen werden konnte, flüchtete der zweite, konnte aber in seiner Wohnung verhaftet werden. Die Beamten, die ihn festnahmen, fanden ihn vollkommen entkräftet vor. Sie gaben ihm ihr Frühstücksbrot und brachten ihn aufs Revier. Die beiden jungen Leute waren vor kurzem nach Berlin gekommen. Fanden hier auch Arbeit, wurden aber bald wieder entlassen. Beide sind bisher noch nicht vorbestraft und haben in höchster Notlage gehandelt.

Straßenbahnunglück in Dresden

Siebzehn Verletzte
In dem Dresdener Vorort Zitzschewitz geschah gestern vormittag auf einer eingleisig betriebenen Strecke ein Eisenbahnunfall. Durch den Zusammenstoß wurden siebzehn Personen verletzt, davon vier schwer. Der Dampferzug der Dresdener Feuerwehrgesellschaft, Uberschlagkommando, zwecks Absperrung, und Krankenwagen waren sofort zur Stelle. Die beiden Straßenbahnwagen waren so ineinander gefeilt, daß sie nur durch auf beiden Seiten vorgeschobene Triebwagen wieder auseinandergezogen werden konnten. Das Unglück wird auf Verjagen der elektrischen Signaleinrichtung zurückgeführt.

Sturm über dem Bodensee

Am Donnerstag vormittag legte auf dem Bodensee ein schwerer Sturm ein. Eine mächtige Sturzsee legte über das Vorderdeck des Dampfers „Stadt Regensburg“, der sich einen Kilometer vor Lindau befand. Sämtliche Fenster des Salons zweiter Klasse wurden zertrümmert, mehrere Personen durch Glassplitter verletzt und einem Artisten aus Wien eine Gesichtshälfte fast völlig zerschlagen.

Ebenso richtete der Sturm auf den Schiffen „Stadt Ueberlingen“ und „Kavensburg“ durch Einschlagen zahlreicher Fenster Scheibenschäden an. Viele Passagiere wurden stark verletzt. Auch Anlagen am Bodenseufer wurden durch den Sturm beschädigt.

Ein Dorf brennt ab

In Bilow bei Kralowitz (Böhmen) brach ein Schadenfeuer aus, das sich, durch den herrschenden Sturm begünstigt, mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Gegen Abend standen bereits 25 Häuser in Flammen. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

30 Kraftwagen verbrannt

In einer Autogarage in Saarbrücken brach ein Großfeuer aus, zu dessen Bekämpfung mehrere Wehren herangezogen wurden. In der Garage, die völlig ausgebrannt ist, waren 25 bis 30 Kraftwagen untergestellt, die sämtlich den Flammen zum Opfer gefallen sein sollen. Personen wurden bei dem Brand nicht verletzt. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch unbekannt.

Großfeuer im Grenzbahnhof

Ein Toter, 2 Verletzte
In dem bekannten Durchgangsbahnhof Annemasse bei Genf, der auf französischer Seite den Verkehr zwischen der Westschweiz und den französischen Alpen vermittelt, hat in der Nacht zum Mittwoch ein Schadenfeuer das größte Gebäude der Stückgüterabfertigung vollständig vernichtet. Außerdem verbrannten vierzehn Waggons mit Gütern.

Der Materialschaden beläuft sich auf mehrere Millionen Schweizer Franken. Ein Bahndiener kam in den Flammen um, zwei Arbeiter sind lebensgefährlich verletzt. Die Feuerwehren der Umgegend und aus Genf konnten das Feuer erst gegen 8 Uhr morgens Herr werden. Der Verkehr wird durch Umleitung aufrechterhalten.

In Ungarn hängt man Frauen

Dienstag vormittag wurden die beiden wegen Giftmord an ihren Männern zum Tode verurteilten Bäuerinnen Szabó und Cserdas aus Szolnok dem Gerichtspräsidenten vorgeführt. Der ihnen mitteilte, daß der Reichsverweiger Horthy ihre Gnadengesuche abgewiesen hat und ihre Hinrichtung am nächsten Tage am Galgen erfolgen werde.

Die beiden Frauen hatten die Schreckensnachricht bereits am Abend vorher durch den Radio-Lautsprecher eines Gefängnisbeamten erfahren und jammerten fürchterlich, als sie vom Gefängniswärter vorgeführt wurden. Auch während der Verlesung des Urteils über die bevorstehende Hinrichtung weinten und schrien sie herzzerreißend. Sie mußten halb ohnmächtig in die Armesünderzelle getragen werden, wo sie die letzten 24 Stunden ihres Lebens verbrachten.

Die Verteidigung hat zwar in letzter Stunde nochmals Revision eingelegt und auch an den Reichsverweiger ein neues Gnadengesuch gerichtet, doch wurde die Hinrichtung am Mittwoch früh programmäßig vorgenommen.

Zwischenfall beim „Nautilus“-Abtransport

Das Abschleppen des Polar-Untersuchungsbootes „Nautilus“ nach Queenstown in Irland durch den amerikanischen Kreuzer „Wyoming“ wurde durch einen Zwischenfall unterbrochen. Etwa 570 Meilen von Queenstown zog gestern früh das Schleppboot, es konnte jedoch in kurzer Zeit wieder gesteuert werden, so daß die „Wyoming“ ihren Weg bereits wieder fortsetzt.

Ausflug in Genf

Ein Erfolg der Bergarbeiter

Genf, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die Internationale Arbeitskonferenz in Genf wurde am Donnerstag geschlossen. Ihre letzte Sitzung brachte der Arbeitergruppe zwei wichtige Erfolge.

In der namentlichen Schlussabstimmung über die Revision der Konvention zum Verbot der Nachtarbeit der Frauen wurde die erforderliche Zweidrittelmehrheit von 76 Stimmen nicht erreicht. 74 Delegierte waren dafür, 40 dagegen. Vor allem aber wurde das im vorigen Jahre mit wenigen Stimmen gescheiterte Abkommen über die internationale Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau mit der nötigen Zweidrittelmehrheit von 81 gegen 2 Stimmen bei 31 Enthaltungen endgültig verabschiedet. Langanhaltender Beifall der Arbeiter- und Regierungsvertreter begrüßte dieses Ergebnis. Die Unternehmer versuchten noch im letzten Augenblick, das Abkommen zum Scheitern zu bringen. Sie enthielten sich geschlossen der Stimme, um die Beschlussfähigkeit herbeizuführen.

Durch die endgültige Annahme des Konventionsentwurfes, der die Arbeitszeit im Kohlenbergbau international regelt, ist der Weg für eine soziale und wirtschaftliche Verständigung im europäischen Kohlenbergbau nunmehr geöffnet. Die Arbeitergruppe sieht in der Annahme einen Erfolg des Prinzips, obwohl die materiellen Verbesserungen, die das Abkommen bringt, im Lichte der Gegenwart bescheiden, unzureichend erscheinen. Die Tatsache, daß bereits drei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens eine Revisionsmöglichkeit im Sinne der weiteren Verkürzung der Arbeitszeit gegeben ist, hat die bis zuletzt bestehenden Bedenken der Arbeitergruppe schließlich zurücktreten lassen.

Es kommt nun darauf an, daß die Ratifikationen dieses Abkommens möglichst bald vollzogen werden. Für das Inkrafttreten genügen bereits zwei Ratifikationen der wichtigsten europäischen Kohlenländer. Es wird Aufgabe der Regierungen sein, im Wege gegenseitiger Abmachungen in kürzester Frist das Abkommen praktisch wirksam werden zu lassen. England und Deutschland waren bereits entschlossen, im Falle einer Ablehnung durch die Konferenz in Zwischenverhandlungen ein Übereinkommen ähnlicher Art zu treffen.

Für Deutschland bringt das Abkommen eine Arbeitszeitverkürzung von einer Viertelfunde im Steinkohlenbergbau unter Tage, was sich für etwa 300 000 unter Tage beschäftigte Bergarbeiter 75 000 Arbeitsstunden täglich. Für den Braunkohlentriebau einschließlich der bayrischen Pechkohle bemengt sich die Verkürzung zwischen $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{2}$ Stunden für etwa 12 000 Arbeiter; im Tagebau der Braunkohle für den nunmehr das Washingtoner Abkommen angewandt wird, verkürzt sich im rheinischen Revier die Arbeitszeit um $\frac{1}{2}$ Stunde, was sich bei 12 000 Arbeitern 6000 Arbeitsstunden täglich. Im schlesischen Braunkohlentriebau bleibt es bei der bisherigen Regelung. Bekanntlich durch das neue Abkommen vom 2. Juni auf acht Stunden vereinbart worden ist. Der Saarbergbau, der gegenüber dem Abkommen bereits eine kürzere Arbeitszeit hat, erhält durch den eingefügten Garantieartikel die Sicherung, daß durch die Anwendung des Abkommens keine Verschlechterungen eintreten. Dadurch wird für die Rückgliederung des Saargebietes die Situation zweifellos erleichtert. Zieht man alle Arbeitszeitverkürzungen in Betracht die das Abkommen für Deutschland bewirkt, so ergibt sich daraus eine zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeit für etwa 10 000 bis 20 000 Bergarbeiter. Die Ueberstundenregelung, die angeblich mehr theoretische als praktische Bedeutung hat, weicht von der bisherigen Regelung beträchtlich ab. Nach der Arbeitszeitverordnung sind nämlich bis zu 600 Arbeitsstunden im Jahre zugelassen, während nach dem Abkommen im Steinkohlenbergbau diese Zahl auf 60 Ueberstunden begrenzt wird.

Alles in allem bedeutet das Abkommen einen bedeutenden Fortschritt gegenüber der bisherigen deutschen Gesetzgebung.

Kampftag in der nordfranzösischen Textilindustrie

Sehen die Arbeitgeber ein?

In dem großen Arbeitskampi zwischen Arbeiterchaft und Unternehmertum in der nordfranzösischen Textilindustrie des Bezirks Roubaix-Tourcoing, der nun schon wochenlang dauert, steht jetzt alles auf dem Kopf. Die Arbeiter unter Vorzeichen ihrer gewaltigen Anstrengungen, um die Arbeiter unter Vorzeichen ihrer bisherigen Forderungen wieder in die Betriebe zu bringen. Sie hatten bisher damit kein Glück und scheinen auch im Endkampf keinen Erfolg zu erzielen. Ihre Hoffnung, daß bei der für den kommenden Montag geplanten Wiedereröffnung der Betriebe unter Abweisung der Anwesenheitsstrafe die Belgier in der Richtung die Arbeit wieder aufnehmen, dürfte sich nicht verwirklichen; denn die sozialistischen belgischen Gewerkschaften haben beschlossen, nur mit ihren französischen Kameraden zusammen wieder an die Arbeit zu gehen. Die christlichen belgischen Gewerkschaften werden wohl dieselbe Haltung einnehmen. In Frankreich haben die Christen bei dem Viller Präfekten die sofortige Einleitung eines neuen Schiedsverfahrens beantragt, um den Kampf so schnell wie möglich gütlich zu schließen.

Die Textilunternehmer sehen bereits hart unter dem Druck der englischen Konkurrenz. Sie werden daher wohl oder übel zum Einlenken gezwungen sein.

Die schlesischen Arbeitermandate der Genfer Arbeitskonferenz anerkannt

Der schlesische Kampf der Arbeitervertreter auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, der von den Arbeiterorganisationen, unabhängig von den Regierungen, ihre Vertreter zu entsenden, führte zu dem Mandat, das die Beschlüsse der Konferenz für den schlesischen

Arbeitervertreter zu. Da eine starke Minderheit des Mandatsausschusses gegen den schlesischen Vertreter Einspruch erhob, brachte die italienische Delegation mit Abreise und der schlesische Arbeitsminister sogar mit Austritt aus dem Internationalen Arbeitsamt.

Aus all den großen Gassen ist indessen nichts geworden. Nur während der Beratung des Berichts der Mandatskommission blieben die Faschisten der Sitzung fern und ließen eine schwache Erklärung verlesen. Im übrigen wird die italienische Delegation weiter an den Arbeiten teilnehmen.

Die Abstimmung in der Vollversammlung vom Sonnabend ergab die Anerkennung des schlesischen Arbeitermandats mit 76 gegen 22 Stimmen (gegenüber 98 gegen 29 Stimmen im Vorjahre). Diese zunehmende Zustimmung der Konferenz über die den Schülern widersprechende Entziehung der Arbeiterschaft in Italien wurde noch unterstrichen durch die Stimmenthaltung der englischen und der spanischen Regierungsvertreter. Wegen der Proteste hat Italien wiederum die notwendige Ratifikation jenes Übereinkommens verweigert, nach dem der Verwaltungsrat um acht Mitglieder erweitert werden soll. Das Mandat des polnischen Arbeitervertreters, der entgegen der Satzung durch die Regierung von kleineren Verbänden und nicht von dem wesentlich

Reichsarbeitsminister und Spitzenverbände

verhandeln am Montag über die Arbeitszeitverkürzung

Der Reichsarbeitsminister hat zu Montag die Spitzenverbände der Gewerkschaften zu einer Besprechung über die Frage der Arbeitszeitverkürzung geladen. Die Reichsregierung ist durch die Notverordnung ermächtigt worden, mit Zustimmung des Reichsrats für einzelne Gewerbe, Gewerbezweige, Verwaltungen oder Gruppen von Arbeitnehmern die in der Arbeitszeitverordnung vorgeordnete regelmäßige Arbeitszeit bis zu 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen und die Zulässigkeit von Mehrarbeit von der Genehmigung der Gewerbeaufsicht abhängig zu machen.

Wir sind auf das Ergebnis dieser Besprechung gespannt. Die Ermächtigung gilt nur für Betriebe und Verwaltungen, in denen in der Regel mindestens 10 Arbeiter oder mindestens 10 Angestellte beschäftigt werden und ist auch sonst noch durch allfällige Bestimmungen stark eingeschränkt.

Baufkapital gegen öffentliche Wirtschaft

Die schlesischen Unternehmer rufen nach Verminderung der Arbeitslosigkeit, aber meinen Drosselung der Gemeinwirtschaft

Auf allen Frontabschnitten des großen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit holt das Unternehmertum gegenwärtig zur Offensive aus. Es erachtet seine Stunde für gekommen, um mit der Arbeiterchaft und ihren Erzeugnissen gründlich abzuzählen. Die Gänze des Augenblicks steht dabei in Gestalt der steigenden faschistischen Flut auf beiden des rachedürstigen Kapitalismus. Dennoch aber erhebt sich die Frage, ob der Abwehrkampf der Kapitalisten gegen sich entfallende gesellschaftliche und wirtschaftliche Remordnungen von mehr als vorübergehendem Erfolg begleitet sein wird.

Zwei Dinge sind der Unternehmerschaft gleichermaßen im Auge: das Lohnniveau der Arbeiterchaft, das nach neuer Auffassung schon brutal und tief genug gesenkt wurde — ohne perspektivischen Ausgleich — das aber dem privatkapitalistischen Schmaranzentum noch viel zu hoch erscheint und andererseits das System der öffentlichen Wirtschaft, d. h. also jener Sektor der ökonomischen Betätigung des deutschen Volkes, in dem planmäßig zur Befriedigung des nationalen Bedarfs und nicht nur des individuellen Profits gearbeitet wird.

Insoweit und direkt gegen die Gemeinwirtschaft angetrieben, empfindet sie heute nicht mehr für den Kapitalismus. Sozialistische Vorlesungen sind schon in zu hohem Maße Gemeingut böchster Volksschichten geworden. Man pflegt deshalb Vorwände zu suchen, um dahinter dann umso sicherer den notwendigen Gegner zu treffen.

Ein treffendes Beispiel dafür liefert eine Kundgebung, die am Donnerstag von den Arbeiterverbänden der schlesischen Bauwirtschaft (Baugewerkschaft, Bauvereinigungen der Bauunternehmerverbände und Bauhilfsvereinigungen) unter Ausschaltung der Arbeitervereinigungen, aber im Einverständnis mit den drei schlesischen Handwerkskammern zu Breslau, Liegnitz und Oppeln auf dem Schloßhof abgehalten wurde. Die Arbeitervereinigungen sind dem Bauwerk nicht anwesend, und einladungslos zum Besuche der Kundgebung sein. In Wirklichkeit aber war sie ausschließlich von der öffentlichen Wirtschaft die Rede. Man steht darauf, daß der kapitalistische Wettbewerb planmäßig stets zum Vorschein kommen muß, auch wenn die Unternehmer nur von Selbsterhaltung der Kräfte sprechen wollen.

Drei Vorträge liefen vom Stapel. Sie hatten jedoch wenig Neues und Liehen, wie zu erwarten war, jedes Eingehen auf den Kern der Kräfteverhältnisse der schlesischen Bauwirtschaft völlig schuldig vermissen. Umso deutlicher wurden dafür die Wünsche der privaten Hand herausgeholt: Umstellung (1) der Erwerbslosenfürsorge, Beseitigung der beherrschenden Regierarbeit, Abbau der Zwangsarbeit, Zurückdrängung der gemeinnützigen Baugesellschaften und Siedlungsvereinigungen, sowie der Hauswirtschaftlichen Reichsbeschaffungsprogramme zur Belebung der freien Wirtschaft.

stärkeren Verband der Bremer Richtung delegiert ist, wurde ebenfalls trotz des Protestes der Arbeitergruppe der polnischen Regierung anerkannt. In den Kommissionen hat man sich über das Arbeitszeitabkommen und die Erweiterung des Zulassungsalter von Kindern zur und Gewerbetätigkeit so weit geeinigt, daß die Beschlüsse den Redaktionsausschüssen zugeleitet werden konnten.

Provinzausschusstagung der Reichsgewerkschaft

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunistenabteilung am 13. und 14. Juni ihre Provinzausschusstagung in Weiden ab. Jede Ortsgruppe hatte dazu ihre tagungsgemäßen Vertreter entsandt. Die Sitzung wurde durch den Vorstand Landesrat Tisch, eröffnet, der die Vertreter des Provinzialgewerkschaftsverbandes, des F.d.A., sowie Herrn Hugo Schönwälder aus Reichenbach begrüßen konnte. Das hatte Kollege Theuner von der Verbandsleitung über einen breiten Raum in der Tagesordnung nahmen organisierten Fragen, insbesondere die angebahnten Verschmelzungen mit dem Gesamtverband ein. Die Versammlung beschäftigte sich auch mit der letzten Notverordnung und erklarte Protest gegen eine besondere Belastung der Volksgenossen und der Beamtenschaft, während die Klassen unangefastet geblieben sind. Festgestellt wurde die Notverordnung ein Diktat des Preisabwärtens verurteilt. Die sachlich geführte Debatte gab ein Zeugnis über den Kampfesgeist der freigewerkschaftlichen Beamtenschaft.

Reichsarbeitsminister und Spitzenverbände

Die Angestelltenorganisationen hatten Regierung bereits eine Besprechung wegen Einführung der Notverordnung vorgezeichneten 40stündigen Arbeitszeit Reichsverwaltungen und -betrieben. Sie dabei folgende Forderungen besonders heraus: Zunächst die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben ohne weitere Gehaltskürzungen und Einschränkung der Bezugsstunden auf die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe, Auswirkung der Arbeitszeitverkürzung auf die Arbeitszeit der Beamten, keine weitere Gehaltskürzung bei Einführung der 40-Stundenwoche, Zwang zur Stellung und dabei Bevorzugung der abgebauten Beamtensstellen.

Baufkapital gegen öffentliche Wirtschaft

Die schlesischen Unternehmer rufen nach Verminderung der Arbeitslosigkeit, aber meinen Drosselung der Gemeinwirtschaft

übrigen wandte er sich sehr deutlich gegen die Wohnungswirtschaft, die zusammen mit den hohen Löhnen (1) und den Rohstoffpreisen (2) die Rentabilität des freien Wohnungsbaus in Frage gestellt habe. Zur Belebung des Baumarcktes der Universitätsprofessoren für die Heranziehung des privaten Kapitals und warnte gleichzeitig vor Herannahen neuer Landskaps.

Sodann sprach Stadtrat Dr. Lehmann-Niegnitz über Konkurrenzbeziehungen in der Bauwirtschaft. Dieses Referat war nichts anderes mehr als ein unverhüllter Angriff auf alle Einrichtungen der Gemeinwirtschaft und die „bisherige Wirtschaftspolitik“. Die Ausschaltung der freien Konkurrenz habe immer zu Störungen im Wirtschaftsleben geführt, die Behörden neigten zu einer Begünstigung der unterwertigen Regierarbeit, das Baugesetz sei zwar gemeinwirtschaftlich, regelt die Baubetriebe habe man sozialisiert für die sogenannten „Gemeinnützigen Bauorganisationen“ seien unbedenklich Bürgerchaften genommen usw.; in diesem Stile ging es eine halbe Stunde lang. Lebhaftes Bräsen ertönte natürlich, als der Redner einer unverantwortlichen Verwirrung öffentlicher Gelder durch das System der Gemeinwirtschaft sprach, denn ein kräftiges Geschimpfe auf die öffentlichen Sozialisten interessierte den Unternehmer keineswegs mehr als Unterstellungen über Arbeitslosigkeit, Privatkapitalist am eigenen Leibe doch niemals spürt. Bedenklich ist nur, daß ein Gemeinbedeuerter in so unüberlegten Redensarten verhalten wahrheitsförmig will Herr Dr. Lehmann Niegnitz in Substanzverband werden. Dort verdient man nicht noch besser als im Kommunaldienst.

Den letzten Vortrag hielt der V.d.A. Architekt Häusler. Darlegungen fielen etwas langatmig aus und brachten einigen schlesischen Mitteilungen über den Stand der Arbeitslosigkeit in Schlesien im wesentlichen Wiederholungen des schon Gehörten.

Eine Aussprache fand nicht statt. Daran lag der anstaltler auch wohl wenig. Der Leiter der Versammlung, Breslauer Stadtrat Dierfert, langierte stattdessen eine eingehende zur Einwirkung auf die Behörden und gesetzliche Instanzen, und empfahl im übrigen den Teilnehmern, den der Referate möglichst zu beherzigen. Als ob dieser Rat wenig gewesen wäre.

Der Vertreter des Oberpräsidenten sowie des Regierungspräsidenten, Regierungsrat Stödel, der die Tagung begrüßte, meinte sich erstenscheinweise recht geliebt und beschränkte die Mitteilung, daß die staatlichen Stellen alle Hebel zur Verfügung öffentlicher Mittel nach Niederschließen in Bewegung würden.

Für die Arbeiterchaft besitzt die gestrige Kundgebung den Wert, daß sie ihr auf neue zeigt, wie sehr die Arbeiterchaft sich mit ihrem Kampf für die Belange der Gemeinwirtschaft in Staat, Gemeinden und Eigenbetrieben auf dem richtigen Weg befindet. Wir dürfen auf die Tatsache der öffentlichen Hand in Deutschland heute bereits 20 v. H. h. lanten deutschen Wirtschaft (in USA nur 1/2 Prozent) gegenüber dem Krieges kontrolliert, jedenfalls nicht sein!

Gegen Arbeiternot und Notverordnung

Letzte Sitzung des Stadiparlaments vor den Ferien

ruhige und rasch zu Ende geführte Sitzung — Freie Architektenschaft und Flughafenbau — Nochmals die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter — Um die Stilllegung des Archimedes-Werkes — Protest gegen die neue Notverordnung — Umsteigeberechtigung für den Vorortverkehr

Die Stadtverordneten haben gestern ihre Tagesordnung aufbewahrt und sind hierauf in Ferien gegangen. Doch wer weiß, nicht die sommerliche Pause sehr rasch durch irgendwelche Zwischenfälle unterbrochen werden wird. Wie alljährlich nach Beendigung des Etats, waren auch gestern einige Vorlagen zu erledigen, die Arbeit bedeuten. Leider nur nicht soviel, als in früheren Jahren. In Pilsnitz und an der Ecke der Friedländer- und Thonner Straße werden Volksschulbauten errichtet. Ein wenig Arbeit bietet auch der Kanalbau und die Straßenbahn, nur leider eben nicht genug. Keine Arbeiterinteressen waren gestern in zwei Fällen zu erledigen. Unsere Genossen Güttler und Bland forderten, daß der Magistrat schon heute seine Entscheidung in bezug auf die 44-Stunden-Woche durchzuführen wird. Merkwürdigerweise ist bekannt, daß in der verschwiegenen Magistratsitzung vor nur die Sozialdemokraten für die Interessen der städtischen Arbeiter eingetreten sind, während alle bürgerlichen Parteien gegen die Interessen der Arbeiter gestanden haben. Anders ist es auch nicht zu erklären, daß wir heute sehr nahe vor der Spitze eines Gemeindefahrerstreiks stehen. Es liegt dabei durchaus im Interesse der Gesamtarbeiterschaft, daß sich die Gemeindefahrer nicht alles aufzwingen lassen, was ihnen als Folge der Not zugemutet wird, wie sich ja auch die gesamte Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften zum schärfsten Widerstand gegen die weitere Herabdrückung ihrer Lebenslage rufen muß. Im zweiten Fall betraf dann eine sozialdemokratische Anfrage gegen die drohende Stilllegung des Archimedes-Werkes, die von Genossen Großmann vertreten wurde. Wie ausführte, handelt es sich hierbei um eine Scheinstilllegung zum Zwecke des Lohndrucks, und um die Entlassung der Arbeiter und die bisherige Betriebsvertretung loszuwerden. Der Bürgermeister Dr. Wagner versprach dabei, bei der Reichsverwaltung auf eine stärkere Berücksichtigung Breslaus bei der Vergabe von Arbeiten hinzuwirken und erbat hierbei die Hilfe aller schlesischen Parlamentarier.

Endlich ist gestern der kommunistische Protest gegen die neue Notverordnung erledigt worden, nachdem die Antragsteller in der vorausgegangenen Sitzung ihre eigene Sache sabotiert hatten. Der Protest war gestern nicht nur geistig, sondern auch persönlich abweisend, so daß der weniger beschränkte Arbeit in die Hand nahm. Unannehmbar war dieser Protest überhaupt nicht. Genosse Dr. Eckstein wies darauf hin, daß der Mangel an Intelligenz auch eine gute Sache ins Schlechte drehen kann. Der Inhalt des kommunistischen Protestes ist zum Teil unrichtig, zum Teil sachlicher Unsinn. Genosse Eckstein trat deshalb einen eigenen Antrag gegen die Notverordnung, der sich besonders gegen die Schädigung der Arbeiter richtete. Wie vorausgesehen, wollten dabei weder Zentrum noch Staatspartei mitspielen. Herr Carl Wilhelm Wolf glaubt, daß der Stadt aus der Notverordnung 9 Millionen zutommen werden und dafür nimmt er ansehnlich den Schaden für die Arbeitslosen und das Wohlfahrtsamt in Kauf. In Wirklichkeit werden es nur 5 bis 6 Millionen sein, und die sich das Defizit der Stadt durch die Notverordnung verringert, während der Schaden noch gar nicht abzusehen ist. Der Antrag Eckstein wurde schließlich angenommen.

Die Versammlung wurde vom Vorsteher, Genossen Bandmann, pünktlich eröffnet und war infolge des Unwetters anfangs sehr schwach besucht. Einleitend erfolgte die Einführung des neuen sozialdemokratischen Stadts. Krause, der vom Oberbürgermeister durch Handschlag verpflichtet wurde. Es wurden sodann

Keine Vorlagen

rateten und die Stadtverordneten gaben ohne Aussprache ihre Zustimmung zur Abänderung des Fluglinienplanes der Pilsnitz- und Thonner-Straße zwischen Menselstr. und Reichspräsidentenstr. zum Anlauf von Straßenland in der Ursulinerstraße, zum Kauf einer Zugmaschine für die Gartenverwaltung, zu Ausgaben der Wasserwerke, die infolge der Trockenheit und der Ueberschwemmung im Jahre 1930 erforderlich wurden.

Architektenschaft und Flughafenbau

Eine kleine Debatte gab es bei einem deutschnationalen Antrag, mit dem verlangt wurde, die für den Flughafen erforderlichen Bauten durch die freie Architektenschaft projektieren zu lassen. Stadtkämmerer Dr. Friedel erklärte, daß der Magistrat der Architektenschaft G. m. b. H. den Magistrat gebeten habe, das städtische Hochbauamt mit den Entwurfsarbeiten zu betrauen. Der Magistrat hat dieser Bitte auch entsprochen, weil dann noch die Ausschreibung eine ganz wesentliche Verzögerung bedingt. Stadts. Eckstein (Soz.) wandte sich gegen den Antrag und wies darauf hin, daß dieses Verlangen im Gegensatz steht zu den berechtigten Forderungen von rechts. Der Flughafen ist ein wichtiger Betrieb, wie ihn die Rechte des Hauses aus allen städtischen Werken machen möchte. Wenn aber eine solche selbständige Gesellschaft nicht so organisiert, wie es sich die Rechte wünscht, um soll plötzlich wieder die städtische Körperschaft eingreifen.

Bei Annahme des Antrages würden etwa 30 000 Mark Kosten entstehen, überdies würde eine ganz wesentliche Verzögerung die Folge sein, während bei Verwendung der vom städtischen Hochbauamt bereits angefertigten Projekte mit dem Bau sofort begonnen und damit bald wieder etwas Arbeit geschafft werden kann.

Bei den Etatberatungen ist auch auf den Leerlauf im Bauamt hingewiesen worden, der sich daraus ergibt, daß so wenig Bauarbeiten ausgeführt werden können. Es ist deshalb nur zu begrüßen, daß das teilweise nicht voll beschäftigte Hochbauamt für die Arbeiten herangezogen wird.

Auch Stadts. von Carlowitz (Ztr.) wandte sich gegen den Antrag, während Stadts. Wolf (Staatspartei) wieder einmal den „goldenen Mittelweg“ propagierte. Stadts. Thum (Dnat.) fühlte sich verpflichtet, nochmals wie der Berichterstatter gegen die Hochbauverwaltung als Konkurrenz der freien Architektenschaft zu Felde zu ziehen. Der Antrag wurde schließlich mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und des Zentrums abgelehnt.

Gegen die städtischen Arbeiter

Eine Kennzeichnung der Parteien, die im Magistrat die Mehrheit bilden und in den öffentlichen Sitzungen in Arbeiterfreundlichkeit machen, gab es bei der Magistratsmitteilung, daß dem Beschlusse der Versammlung vom 14. April nicht beigetreten worden ist und die 44-Stundenwoche deshalb nicht eingeführt werden kann, weil finanzielle Gründe entgegenstehen.

Stadts. Güttler (Soz.) führte aus, daß die vom Magistrat beabsichtigte zwangsweise Einführung der 44-Stundenwoche ein höchst bedenkliches Experiment sei. Wenn der Magistrat seinen Beschluß in seiner morgigen Sitzung nicht revidiert, besteht die Gefahr, daß die Stadt Breslau am 29. Juni wieder einmal etwas erlebt, was schon lange nicht da war. Es bleibt der Versammlung überlassen, sich angesichts dieser Situation ein eigenes Urteil zu bilden.

Auch Stadts. Bland (Soz.) kritisierte die erstaunliche Hartnäckigkeit, mit der der Magistrat den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung entgegenarbeitet. Die städtischen Arbeiter sind bereit, zu dem sechsprozentigen Lohnabzug mit der

44-Stundenwoche noch eine weitere zweiprozentige Lohnkürzung auf sich zu nehmen, aber es müsse auch einmal verlangt werden können, daß solch ein Zugeständnis anerkannt wird. Der Oberbürgermeister erklärt nur immer, daß alle diese Maßnahmen unter dem Zwange der Staatsregierung erfolgen müßten.

Ein Vertreter des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe, der bei der Staatsregierung in Berlin vorsprach, erhielt dort aber einen wesentlichen anderen Bescheid, denn man sagte ihm, daß die Staatskommission nicht die Arbeitgeber der Breslauer Gemeindefahrer seien, sondern der Breslauer Magistrat. 5500 städtische Arbeiter haben bereits die Erklärung unterschrieben, nur 44 Stunden zu arbeiten.

Diese Erklärungen sind dem Lohn- und Tarifamt bereits zugestellt worden, und es ist nun zu erwarten, daß der Magistrat endlich zu einem Entgegenkommen bereit wird und seinen Beschluß revidiert.

In ähnlichem Sinne sprach auch Stadts. Buchner (Dnat.) und Stadts. Leuninger (Ztr.), der sogar entgegen der Auffassung seiner Parteifreunde Brünning die Lohnabbauthese als einen falschen Weg bezeichnete. Stadts. Güttler (Soz.) sagte diesen Arbeitern im Schlußwort einmal Bescheid. Im Parlament zeigen sie der Tribüne mit ihren arbeiterfreundlichen Reden ihr soziales Verständnis. Im Magistrat aber, wo es keine Tribüne gibt, da zeigen die Vertreter der gleichen Parteien ein ganz anderes Gesicht. Es wird aber mehr und mehr von den Arbeitern erkannt werden, was diese Parteien in Wirklichkeit für die Arbeiter übrig haben.

Die beabsichtigte Stilllegung des Archimedes-Werkes

Sozialdemokratische Anfrage

Unter anderem kam auch sodann die sozialdemokratische Dringlichkeitsanfrage folgenden Wortlauts zur Verhandlung:

Ist dem Magistrat bekannt, daß die Linke-Hofmann-Busch-Werke A.-G. bei dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamt den Antrag auf Genehmigung zur Stilllegung des Archimedeswerkes gestellt haben?

Ist dem Magistrat weiter bekannt, daß schon jetzt die Verlegung der Breslauer Werke der Linke-Hofmann-Busch A.-G. niedriger ist, als der im Jahre 1926 mit der Stadt Breslau abgeschlossene Kreditvertrag vorsieht?

Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die Linke-Hofmann-Busch A.-G. zur Erfüllung der von ihr eingegangenen Verpflichtung anzuhalten und dadurch eine Stilllegung des Archimedeswerkes zu verhindern?

Zur Begründung führte Stadts. Großmann aus, daß bei den Haushaltsberatungen die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen immer wieder im Vordergrund der Erörterungen gestanden habe. Bereits im Jahre 1926, als die Stadtverordnetenversammlung den Linke-Hofmann-Werken einen Kredit einräumte, war die Zahl der arbeitslosen Metallarbeiter sehr groß und der Kredit wurde unter der Voraussetzung gegeben, daß das Werk keine noch weitere Verringerung der Beschäftigung vornehmen darf. Trotz

dieses Vertrages ist nun beim Regierungspräsidenten der Stilllegungsantrag für das Archimedeswerk eingereicht und damit begründet worden, daß in diesem Jahre die Aufträge der Reichsbahn sehr spärlich geworden seien. Seitens des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird der Verdacht geäußert, daß es sich auch in diesem Falle um eine sogenannte Scheinstilllegung handelt, durch die man die älteren Arbeiter und die Betriebsvertretung loswerden möchte, um sich dann später einen Kreis willfähriger Arbeitskräfte auszusuchen, der sich mit einem weiteren Abbau der Auftragsbreite einverstanden erklärt. Der Magistrat hat bereits eine Erklärung abgegeben, daß er sich mit aller Kraft dafür einsetzen will, die Stilllegung zu verhindern, um einem weiteren Anwachsen der Not zu steuern und es bleibt nur zu wünschen, daß dies auch mit allem Nachdruck geschieht.

Zur Beantwortung der Anfrage nahm der Oberbürgermeister das Wort und erklärte, daß er nicht wisse, ob es sich um eine Scheinstilllegung handle. Wichtig ist, daß sich die Aufträge für das Archimedeswerk gegenüber dem Vorjahre ganz wesentlich verringert haben. Die einzige Möglichkeit, etwas zu tun, besteht darin, die Reichsbahnverwaltung, die als wichtigster Auftraggeber in Frage kommt, zu veranlassen, neue größere Aufträge zu erteilen und es sei deshalb an die Abgeordneten aller Parteien zu appellieren, daß sie sich für entsprechende Verhandlungen zur Verfügung stellen.

Kommunen und neue Notverordnung

Da gestern die Tagesordnung reiflos aufgearbeitet wurde, kam auch ein von der vorletzten Sitzung zurückgestellter kommunistischer Antrag zur Verhandlung, der sich gegen die damals noch nicht bekannte Notverordnung wendet.

Stadts. Eckstein (Soz.) stellte zu diesem Antrage einen anderen Antrag, der wie folgt lautet:

Die trotz saisonmäßiger Erleichterung strukturell steigende Arbeitslosigkeit verschärft dauernd die Not des Einzelnen und bedroht den Bestand aller öffentlichen Haushalte.

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 wird ihrer Aufgabe der Sicherung der öffentlichen Haushalte nicht gerecht.

Die neuen Löhne aus der Notverordnung sind ungleich verteilt und für die arbeitenden und arbeitslosen Schichten des Volkes unerträglich. Die Notverordnung verschärft brutal die Arbeitslosenverschärfung und die Krisenfürsorge. Sie greift in das Fürsorgerecht und die Fürsorgspflicht der Gemeinden und Gemeindefahrer gegenüber den Hilfsbedürftigen rückwärts ein mit dem einzigen Ziele, auch an der öffentlichen Wohlfahrtspflege zu Lasten der Notleidenden Ersparnisse zu machen. Sie verschleiert weiter die Löhne und Renten der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Die Notverordnung beseitigt nicht nur die Finanzhoheit der Städte, sondern auch die letzten Reste des Selbstverwaltungsrechts, die ihnen bisher geblieben sind.

Die Stadt Breslau protestiert daher gegen den Inhalt der Verordnung vom 5. Juni 1931 und ersucht den Deutschen Reichspräsidenten, allen Einspruch anzuhören, daß diese Verordnung aufgehoben wird.

Bei der Begründung nahm er zu dem kommunistischen Antrag Stellung und wies darauf hin, daß eine gute Sache durch Unintelligenz zu einer schlechten Sache gemacht werden könne, denn sachlich gesehen ist der Antrag der Kommunisten Unsinn. Der guten Sache des Kampfes gegen die Notverordnung wird mit

den kommunistischen Parolen kein guter Dienst erwiesen. Stadts. Eckstein ging dann auf die verschiedenen Gebiete der inzwischen bekanntgewordenen Notverordnung ein, kennzeichnete die darin zum Ausdruck kommende Aufhebung der Selbstverwaltung, die Eingriffe in das Finanzgebaren der Gemeinden, die Einbrüche in die geltenden Tarife der Gemeindefahrer, denen ein Lohnabbau bis zu 34 Prozent zugeordnet wird und schließlich auch die unsozialsten Maßnahmen gegen die Arbeitslosen vorstellte. Die Notverordnung zeigt auch, daß die jenerzeit gerade in Breslau zutage getretenen juristischen Bedenken gegen die Einführung von Staatskommissionen berechtigt gewesen sind, denn nun wird auch dieser Staatskommissioneneinsetzung auf dem Wege der Verordnung eine rechtliche Grundlage für Vergangenheit und Zukunft geschaffen. Die deutsche Selbstverwaltung hat aufgehört und die Verwaltung der Städte ist auf den Reichsfinanzminister übergegangen. Die Versammlung möge deshalb dem sozialdemokratischen Antrage zustimmen.

Stadts. Wolf (Staatspartei) war für Vorsichtigkeit. Ihm war die mit der Notverordnung heraufbeschworene Not der Massen nicht des Erwährens wert, dafür machte er aber eine Rechnung auf, was nun die Stadt alles sparen und von Reichs- und Landesstellen erhalten würde. Stadts. Strauß (Zentr.) pries die in Aussicht genommene Beseitigung der Härten und der Kommunisten Welt schloß den Vogel mit einem Zusatzantrag für seinen inzwischen überholten Antrag ab. Er beantragte nämlich: „Der Magistrat führt die Notverordnung nicht durch.“ Da der Antrag ohne ausreichende Unterstützung blieb, kam er nicht zur Abstimmung.

Der sozialdemokratische Antrag wurde mit den Stimmen der SPD, KPD, und Nazi angenommen. Die Deutschnationalen, die dauernd gegen die Notverordnung weiterrufen, machten in der von ihnen so übel beschriebenen „Tolerierungspolitik“ und entlarvten sich damit wieder einmal so recht als die Freunde der Notverordnung.

Umsteigeberechtigung für den Vorortverkehr

Am 14. April hatte die Versammlung einen sozialdemokratischen Antrag zur Beratung, der die Einführung der Umsteigeberechtigung für die Jahrgänge der Kraftomnibuslinien im eingemeindeten Gebiet forderte. Der Antrag war damals in den Ausschuß VIII überwiesen worden und kam in der gestrigen Sitzung erneut zur Verhandlung. Der Ausschuß empfahl Ablehnung des Antrages.

Stadts. Fritz Rietzsch (Soz.) bedauerte den Beschluß des Ausschusses, der die Einwohner des eingemeindeten Gebietes zu Bürgern zweiter Klasse stempelte. Es ist richtig, daß im eingemeindeten Gebiet eine große Zustimmung vorhanden sei und es ist andererseits auch richtig, daß infolge der Wirtschaftslage der Stadt nicht alles so prompt durchgeführt werden kann, was in den Eingemeindungsverträgen steht, aber was irgend durchführbar erscheint, das sollte auch gemacht werden. Nachdem Stadts. ordner Schabert (Volkspartei) eine ganz radikale Rede gehalten hatte, die die Kommunisten vor Reiz laßen konnte, verließ sich Stadts. Rietzsch auf der eigenartigen Behauptung, daß ja draußen die Wohnverhältnisse viel besser seien. Im

übrigen seien in den Eingemeindungsverträgen die Verkehrstarife nicht festgelegt.

Stadts. Kottusch trat dieser Auffassung entgegen und kritisierte, daß man es meißterhaft verstanden habe, die Tarifpolitik so zu umgehen, wie es jetzt geschieht.

Der Ausschußantrag wurde nicht von einer einzigen Stimme unterstützt. Die Versammlung beschloß also, die Umsteigeberechtigung einzuführen.

Am 0,08 um

Eine Debatte gab es noch bei dem unlängst bereits in der „Volkswacht“ erwähnten Antrag, eine Fläche von 0,08 Quadratmetern von dem Hausbesitzer Schatz zu kaufen, weil die Grenze beim Bau des Fernheizwerkes um einen Fuß überschritten worden ist.

Stadts. Karl Rietzsch gab seiner Vermunderung darüber Ausdruck, daß sich bisher kein Staatsanwalt gefunden habe, der auf den Gedanken gekommen wäre, der in dem Kaufpreis eine Verletzung des Gesetzes sehe. Diese Forderung sehr sehr nach

Radfahrer. Sportinteressenten
 Alles findet sich ein zum Sensationsrennen der
Landgrenzfahrt um 250 km
 am Sonntag, 21. Juni, um den großen Preis des
Radhaus Sieg Neumarkt 19
 neben Barasch
 Start: Gänsebrücke in Zimpel. Ziel: Radrennbahn
 Lillenthal. Eintreffen des Siegers ca. 1 Uhr. Anschließend
 kurzes Jugendjagdrennen, danach Preisverteilung.

Arbeiter-Sport

**Olympiade-Auscheidungskämpfe
 des Bundes „Solidarität“**

Der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“ hat
 am 14. Juni in Frankfurt a. M. seine Olympiade-Auscheidungskämpfe
 abgehalten. Für die meisten Wettbewerbe, die im
 Moment in Wien ausgetragen werden, fand schon seit längerer
 Zeit, welche Fahrer vom Bunde „Solidarität“ daran teil-
 nehmen. In einigen Zweigen des Radsports war aber
 Ermittlung notwendig und diese erfolgte in Frankfurt
 a. M. Daran waren 180 der besten Fahrer des Bundes,
 die nur Gaumeister befehligen. Die Veranstaltung dauerte
 am Samstag Tag. Morgens 5 Uhr begannen die Zuverlässigkeits-
 kämpfe der Radfahrer, die über die Rundstraße Frankfurt, Darm-
 stadt und Ziel beim Stadion. Die Motorradfahrer hatten
 am Start und Ziel beim Stadion. Um 8.30 Uhr folgten im
 Stadionsrennbahn Radballspiele und Gruppen-
 kampf. Nachmittags 15 Uhr begannen die Bahnrennen, die
 am 20. Juni dauerten. Die Veranstaltung wurde vom herrlichen
 Wetter begünstigt. Große Mengen von Zuschauern erschienen be-
 sonders an den Rennen auf der großartigen Rennbahn in dem
 Stadion. Der Bund „Solidarität“ kann nun wieder
 eine glänzende Veranstaltung zurückblicken.

Arbeiter-Sport-Kartell Breslau e. V.

2. Männer- und 2. Jugend-Abteilung. Startnummern für
 Straßenlauf sofort im Kartellbüro abholen.
 Achtung! Radfahrer müssen nochmals im Büro vor-
 gehen und folgende Angaben machen: Vor- und Nachname,
 Geburtsdatum, Wohnung, Bundeszugehörigkeit, Fahrrad-
 nummer und Radnummer. Desgleichen 3,30 Mark für das
 Kartell. Das Gleiche gilt auch für die Mitglieder der Freien
 Abteilung.
 Treffpunkt zum Straßenlauf, Treffpunkt der Zeitnehmer zu
 Säulen Sonntag, 9 Uhr, vormittags, Kürschnerstraße.
 Sonnenwendfeier. Das Kreisgemeinschaftliche Jugend-Kartell
 veranstaltet am Sonntag, dem 20. Juni eine Sonnenwendfeier.
 Es laden die Jugendmitglieder der Kartellvereine auf, sich
 an zu beteiligen. Treffpunkt 19.30 Uhr, Sonnenplatz, Abmarsch
 20 Uhr.

Fußball am 20. Juni

Da am Sonntag, dem 21. Juni, für den ganzen Tag Spiel-
 verbot besteht, werden bereits am Sonnabend einige Geschäfts-
 spiele zum Austrag gebracht. Es finden sich gegenüber:
 1924 - Blau-Weiß um 18.30 Uhr am Schloßhof, V.f.B. -
 Adler um 18 Uhr in Ostschin, Herta - Oswig um 18 Uhr in
 Ostschin, Sportfreunde I - Eintracht I um 18 Uhr auf der Zant-
 schule, V.f.B. - Eintracht um 18 Uhr in Herrmannsdorf.

Fußball

Bezirkstechniker. Folgende Bezirksmannschaft fährt am
 Sonntag, den 21. Juni zum Bezirksspiel gegen den 6. Bezirk nach
 Breslau: Klante-Wader, Bunte-Oswig, Leiche-V.f.B., Stenael-
 ern, Bengler-V.f.B., Müller-Herta, Hoffmann-West, Hinte-
 r, Radmann-Stern, Güler-Herta, Höbner-Napf, Erzag,
 Richter-Freie Sportfreunde. Gefahren wird mit Autobus.
 Anleiter: Fresta-Sparta. 12 Uhr ab Oswig; 12.20 Uhr ab
 Fresta-Platz; 12.25 Uhr ab Königplatz; 12.35 Uhr ab Sauer-
 schener Straße 259; 12.50 Uhr ab Kleitendorf (Kirche).
 Auswahlmannschaft der Breslauer Altersportler 9 Uhr,
 Heimsohl von Union, Deutsch-Villa, Männerfranke, Klein-
 bau, Breslauer Jugendauswahlmannschaft 14.45 Uhr, Am-
 tshalle, Eichenpark, Bezirksauswahl-Männermannschaft
 17 Uhr, Umkleidekabine, Eichenpark, Schiedsrichter: Schölzel-Brweg,
 Bezirk.

VER. Einheit. Auf dem Wege von Ostschin nach der
 Wiesenbahnhaltestelle am Südpark sind elf Kasse verloren ge-
 kommen. Es wird gebeten, diese im Büro des Sportkartells,
 Friedrich-Milhelm-Straße 45, abzugeben.

Spielgegner sucht. Anlässlich der Rast am 28. Juni in
 Breslau sucht Freie Sportfreunde, Konradswaldau, einen Spiel-
 gegner. Ebenso am selben Datum in Weisbach bei Bad Sals-
 brunn. Dasselbst spielt Rina-Sandberg mit Eiche-Nieder-Sal-
 brunn kombiniert. Interessenten wollen sich an Genossen Wagner
 preis näherer Auskunft wenden. Am besten an Sonntag beim
 Spiel auf dem Sportplatz.

Handball-Gesellschaftsspiele

20. Juni:
 2. Abt. Schüler - Sil-Riders, Schüler: Ostparf; Brein.
 6. Abt. II - Sil-Riders II, Ostparf; Fabian.
 Dt.-Villa II - Tennis-Abt. I; Dt.-Villa; Stabelwitz.
 21. Juni:
 Stabelwitz I - Richter-Nachbarn II; Herrproth; Reusch.
 Stabelwitz II - Stern I; Herrproth; Gewiese.
 Stabelwitz, Jgd. - 6. Abt. Jgd.; Herrproth; Gandau.
 Sil-Riders III - 1925 III; Stadion; Reichert.
 Sil-Riders II - 1925 II; Stadion; Freier.
 2. Abt. III - 5. Abt. III; Ostparf; Grabowitz.
 2. Abt. Jgd. - 5. Abt. Jgd.; Ostparf; 7. Abt.
 2. Abt. II - 5. Abt. II; Ostparf; Gabel.
 2. Abt. I - 5. Abt. I; Ostparf; Kretschmer.
 1921, Sportlerinn. - Sil-Rid. Sportlerinn.; Bäckerfeig;
 Krenael.
 Südoft II - Nachbarn III; Kleitendorf; Striebel.
 Südoft, Schül. - Nachbarn, Schül.; Kleitendorf; Brein.
 24. Juni:
 6. Abt. I - 1925 I; Ostparf; Alter.
 27. Juni:
 6. Abt. II - Tennis I; Ostparf; Berger.
 6. Abt. II - 5. Abt. II; Helmutwiese; D. Jüttne-
 6. Abt. Schüler - 2. Abt. Schüler; Ostparf; Brein.
 8. Abt. III - 5. Abt. III; Helmutwiese; Schöne.

Wassersport

Freie Schwimmer Breslau e. V. Stafettenläufer:
 heute, 20 Uhr, Boiebonbad - Jugendabteilung; heute,
 19 Uhr, Generalprobe im Bade. Dazu Jugendliste und Kinder
 der Abteilungen zum Fackelzug auf dem Lande.
 Freie Rudervereinigung. Alle Ruder und Ordner zu den
 Fackelzügen Sonntag vormittags 8 Uhr im Bootshaus.
 Freie Kanuvereinigung Breslau e. V. Heute abend alle
 Stafettenläufer zur Einteilung im Bootshaus. Sonntag, 14 Uhr,
 Bootshaus, gemeinsame Abfahrt nach dem Bad der Freien
 Schwimmer. Dorthin selbst Kanuwettkämpfe. Sonntag, 19 Uhr,
 Badballspieler, 1. Mannschaft im Weisbad gegen Freie
 Schwimmer.

Athletik

Die Abteilung Ostparf der Sportvereine Nord-Ost führt
 ihren Wettkampf in allen Sportarten, auch für die Jugend, durch
 Wettkämpfe an den Hallenmark der Abteilung Ostparf - Den
 9. Juni: Auscheidungskämpfe der Senioren - 20. Juni: bei
 Lange, Matthiaststraße, Versammlung.

Touristenverein „Die Naturfreunde“

20. Juni: Sommerfest in Konradswaldau, Sonntag, 19.30
 Schmiebefeld, Radfahrer 18.45 Uhr, Leiter: Heller.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Breslau
 Abteilungen Ostparf Tor, Stadt-Mitte, Ostparf und Jugend
 fahren 20. Juni zur Sonnenwendfeier nach Weiskow bei Ostparf.
 Start 17.30 und 18 Uhr am Weiskowplatz.
 Ausfahrten für den 21. Juni: Abteilung Gräbchen
 und Nilsfaktor: nach Döbernhuth, Start 8 Uhr Striegauer
 Platz - Abteilung Ostparf: nach Trechen, Start 12 Uhr
 Weiskowplatz - Abteilung Ostparf: nach Wald-
 mühle, Start 8 Uhr Fürstenschule. Abteilung Dürrgoy:
 nach Sandberg, Start 12 Uhr bei Hoffmann, Schönlake 21 -
 Motorradfahrer-Abteilung: 20. Juni: Johannisfahrt
 nach Deutsch-Hammer, Start 20 Uhr Trebniher Platz, Siegenhaus.
 Alle anderen Genossen kommen Sonntag, früh 7 Uhr, ebenfalls
 dorthin. - Abteilung Deutsch-Villa: nach Sandberg,
 Start 13.30 Uhr am Vereinslokal. - Abteilung Rosen-
 thal: 20. Juni: Werbefahrt, Start 20 Uhr bei Dniekto, Trachen-
 beraer Straße. Abteilungen, welche nicht nach Weiskow fahren,
 nehmen daran teil.
 Abteilung Friedewalde, Sonnabend, 20. Juni, 20 Uhr, in
 „Sängerslust“, Abteilungsverammlung.

Kulturvereine
 Arbeiter-Operantengruppe Breslau, 19. Juni, 20 Uhr,
 Gemeindefesthaus, Zimmer 144 (Sof. Neubau) Uebungsabend.

Aus Schlesien

Im siedenden Meer verbrannt

Als in den Stall-Porten in Hindenburg der
 Arbeiter Gustav Niekton eine Leierpflanze entleeren wollte,
 rutschte er aus und stürzte in den mit siedendem Meer gefüllten
 Kessel. Auf seine Hilferufe hin eilten Mitarbeiter herbei, die
 den Unglücklichen herauszogen. Er hatte am ganzen Körper
 schwere Verbrennungen erlitten, die zum Glück durch die
 Kleidung etwas gemildert worden waren. Der Zustand des
 Verunglückten ist sehr ernst.

Reichenbach, Geistesgegenwart rettet ein Kind.
 Ein aufregender Vorfall ereignete sich hier am Mittwoch. Auf der
 Neuborferstraße kamen zwei kleine Burschen die Straße entlang
 gerannt, wobei dem einem, dem etwa siebenjährigen Söhnchen des

Kuchers, Haut, Quarm aus der Hofentasse kam. Wächtig schlug
 eine Flamme aus den Kleidern des Kindes hervor. Ein in der
 Nähe arbeitender Maurer, der das Unglück sah, schlug schnell ge-
 fäßt einen Sad um den brennenden Knaben und erloschte so die
 Flammen. Das Kind hatte bereits erhebliche Brandwunden am
 Oberkörper erlitten. Wie der Brand in der Hofentasse entstand,
 ist noch nicht geklärt.

Bangensbieten. Großes Schadenfeuer. In der
 Manufaktur-Handlung Wilhelm Böhmke brach ein Brand
 aus, dem in kurzer Zeit der ganze Laden zum Opfer fiel. In-
 folge starker Rauchentwicklung, die auch die Arbeiter sehr
 erschwerte konnte nur mit Rauchmasken gearbeitet werden. Der
 Schaden, der auf 40 000 bis 45 000 Mark geschätzt wird, soll zum
 größten Teil durch Versicherung gedeckt sein.

Grunau i. Nsch. Unfall beim Segelfliegen. Ein
 Schüler der Segelflugschule Grunau geriet am Mittwoch mit
 seinem Flugzeug beim Landen auf die Wiese eines Landwirts.
 Die Wiese, die in einem Grasmäher eingespart war, gingen
 mit dem daranhängenden Flugzeug durch. Ueber die Wiese
 rasend, durchdrangen sie einen Stacheldraht einer Viehoppel und
 kamen schließlich hierbei zu Sturz. Dem Flieger wurden nur die
 Kleider zerrissen und einige Kratzen am Heigebrauch.

Bunzlau. Wegen ausichtsloser Arbeitslosig-
 keit erhängte sich in seiner Wohnung der Fabrikarbeiter Josef
 Bittner in der Töpferstraße.

Landeshut. In den falschen Zug gestiegen. Auf
 dem hiesigen Bahnhof war eine Frau, die nach Blasdorf fahren
 wollte, irrtümlich in den Zug nach Ruhland eingestiegen. Als sie
 den Irrtum bemerkte, hatte sich der Zug schon in Bewegung ge-
 setzt. Sie sprang trotzdem noch aus dem Abteil, stürzte auf den
 Bahnsteig und trug eine Kopfverletzung davon und wurde mit
 einer leichten Gehirnerschütterung ins Krankenhaus gebracht.

Wentzen OS. Das Elend morder. Umweil seiner
 Wohnung, des Forsthauses Zawaditz, wurde der 47jährige
 Revierförster Erik Edert tot aufgefunden. Die Untersuchung
 ergab, daß sich der 47jährige Förster, der fünf Kinder hat, aus
 wirtschaftlicher Not erschossen hat.

Hindenburg. Bei einem Umzug der Internationalen
 Arbeiterhilfe kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, die
 mit Steinen beworfen wurde. Vier Kommunisten wurden ver-
 haftet.

Sturm und Unwetter im Landkreis Breslau

Wie in Breslau-Stadt legte gestern nachmittag das
 Unwetter auch über die benachbarten Landgebiete. In Domschau
 hand im Nu das Wasser in den Gehöften bis zu einem halben
 Meter hoch, in den Kellern gar bis zu zwei Meter. Hagel-
 körner in Größe von Sperlingskörnern richteten auf Feld und Flur
 fürchterliche Verheerungen an. Die Gemüsebeete in den
 Gartenanlagen sind streifenweise vollständig vernichtet, das
 Getreide auf den Feldern ganz zu Boden gelagert und die
 Lecker bilden, da das Wasser nicht so schnell abließ, große Seen.
 Nicht viel anders hat der Sturm und Hagelschlag im Nord-
 ostgebiet des Landkreises gewütet. Aus Zindel wird uns
 berichtet, daß hier der Hagelschlag die Kartoffel- und Getreide-
 felder verwüstet hat. Außerdem wurden durch die Gewalt des
 Sturmes Räume umgebrochen und zahlreiche Fenster-
 scheiben im Ort eingeschlagen. Der Schaden ist groß, da die kleinen
 Landwirte bedauerlicherweise fast garnicht gegen Hagelschlag
 versichert sind.

Brodau. An der Türklinke erhängt wurde der
 wegen Krankheit pensionierte Eisenbahner Fr. aufgefunden. Als
 Motiv dieses Freitodes wird die Krankheit und schlechte
 wirtschaftliche Lage des Fr. angegeben.

Drachentbrunn. Kraftwagen- und Triebwagen-
 Zusammenstoß. Die Pressstelle der Reichsbahndirektion
 Breslau teilt mit: Am 17. Juni fuhr am unbewachten Bahn-
 übergang der Nebenbahnlinie Breslau-Schottwitz-Melschwitz
 ein von Breslau nach Drachentbrunn fahrender Personenkraft-
 wagen gegen den Triebwagen 1433. Die vier Insassen wurden
 durch Glassplitter verletzt. Sie wurden durch einen Sanitäter
 verbunden und fuhr in dem Kraftwagen, der wegen schwerer
 Beschädigung abgeschleppt werden mußte, nach Breslau zurück.

Marchwitz. Gemeindevertretersitzung. Sonn-
 abend, den 20. Juni, findet in den Nebenräumen des Genossen
 Fied eine Gemeindevertretersitzung statt. Da die Tagesordnung
 für die Marchwitz Arbeiter von großer Wichtigkeit erscheint,
 wird zahlreicher Besuch erwartet. Beginn der Sitzung 20 Uhr.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
 Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174
 Telefon 59060, 59061
 Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr
 Samstag, Freitag, den 19. Juni, 20 Uhr, im Lokal von
 Seidel: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse
 Lehrer Faulhaber.
 Arbeitsgemeinschaft Breslau-Land-Klarensdorf. Sonntag,
 den 21. Juni, findet bei Didi in Groß-Mühlitz eine Sonnen-
 wendfeier nachmittags 5 Uhr statt. Die SWJ. verhöht die
 Feier durch Theaterstücke und Rezitationen. Nachher Tanz.
 Protzsch-Weide. Sonnabend, den 20. Juni, bei Schneider:
 Mitgliederversammlung um 20 Uhr. Redner: Genosse
 Schiffer.
 Leipe-Petersdorf. Sonntag, den 21. Juni, nachmittags 3 Uhr,
 findet wieder wie alljährlich das Sommerfest der Ortsgruppe
 Leipe-Petersdorf bei Fiedach statt. Die Ortsgruppen der Um-
 gegend werden dringend erucht, daran teilzunehmen. Genosse
 Schiffer wird eine Ansprache halten.

Briefkasten

Landarbeiter Rundsch. Wir haben keine Anfrage an das Parteisekretariat
 weitergeleitet.

Geschäftliches

Neues vom Photohof. Bis 15. nächsten Monats kann jeder
 der ersten 50 000 Photohofbesitzer sechs Porträt-Postkarten für
 2,90 Mark erhalten; es braucht nur die Aufnahmeummer zu
 Photo-Postwald, Tauenzienplatz 14, mitbringen.
 Was bes. ist? Auf der Wochtag immer in dieser Zeit verlaufen? Was
 die guten Vorzüge an der Unzulänglichkeit einer überseierten Wochtag
 (Stern) sein, das muß anders werden! Kreisabteilung im allgemeinen und
 Ernährungsvereinigungen im besonderen kommen nicht mehr vor, wenn Sie nach
 der arbeits-, zeit- und geldsparenden Perilmethode wachen.

Breslauer Produktentafel vom 15. Juni

Ämtliche Notierungen der Breslauer Produktentafel vom 18. Juni 1931
 An der Basis im Großhandel geachtete Preise für volle Wagenladungen, in
 Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung (nur für Karistoffen gilt der Erzeugerpreis)

Tägliche Ämtliche Notierungen.

Getreide:	18.	17.
Weizen (schlechte)		
Stolltergewicht von 74,0 kg Durchsch. Qual., gelund und trocken	273.00	278.00
Stolltergewicht von 76,0 kg gut gelund und trocken	281.00	281.00
Stolltergewicht von 72,0 kg trocken für Müllereigebende verwendbar	273.00	273.00
Sommerweizen, hart, glatt, 80 kg	---	---
Roggen (schlechte)		
Stolltergewicht von 70,5 kg Durchsch. Qual., gelund u trocken	216.00	210.00
Stolltergewicht von 72,5 kg gut gelund und trocken	---	---
Stolltergewicht von 68,5 kg trocken für Müllereigebende verwendbar	210.00	205.00
harter mittlere Art und Güte	230.00	230.00
weiche mittlere Art und Güte	---	---
Sommergerste, mittlere Art und Güte	225.00	225.00
Wintergerste 80-84 kg	---	---
Verdau: Feingerste 100		
Ämtliche Notierungen für Mühlenereugerste		
	18.	17.
Erzeugerpreis (20%)	20.75	20.75
Erzeugerpreis (20%)	20.75	20.75

SENKING-VOSS-PROMETHEUS
GASHERDE
 Reier & Olowinsky
 HERRENSTR. 31 SCHWEIDNITZERSTR. 10-11

Da auch die Richtlinien über die leider in Preußen noch zu-
 gelassene körperliche Züchtigung keinerlei Handhabe zu diesem
 Eingreifen des Lehrers bieten und der barbarische Sadismus
 dieser Rohkost-Pädagogik zweifelsohne eine Ueberforderung des
 Züchtigungsrechts darstellt, erwarten wir entsprechende Maß-
 nahmen der Schulaufsicht. Es dürfte auch dort bekannt sein, daß
 die Abwanderung von der Marchwitz Schule aus Gründen, die
 vorwiegend in der Person des Lehrers Sp. liegen, bereits erheb-
 lichen Umfang angenommen hat. Sie wird ohne Zweifel noch
 steigen, wenn hier nicht durchgegriffen wird.

**Alles rüstel
 zum
 Reichsbanner-
 Treffen**
 Sonntag, den 28. Juni 1931
 in Klattendorf

Johannisfest

gegenüber der Jahrhunderthalle
mit großer Raubtierschau, dressierte Eisbären, Löwengruppe
Täglich große Sportkämpfe!
Niegesehene Schaustellungen!

Täglich bis 25. Juni, von nachmittags 4 Uhr (Sonntags ab 3 Uhr) bis 1 Uhr nachts, das Rest der schließlichen Helmat, das Best
Morgen Sonnabend
5 Uhr: Motorrad-Fußball
Motorportklub Breslau 1920 gegen
Trib Hermsdorf (10 Mann) und 2 Mann
Ehrenpreise gestiftet von den Sigaretten
Haus Bergmann A.-G. und Grilling A.-G.
7 Uhr: Vorführung von Bolzen u. Sch
10 Uhr: Größtes Kunstfeuer
ausgeführt v. Kunstfeuerwerker Schmidt
Abends: Komers in sämtl. Ge
anlässlich des Sängerbundesfestes in
Die Johannisfest-Zeitung
ist überall erhältlich.

Eintrittspreise: Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf., Sonn- und Elite-
tage 30 Pf., Kinder 10 Pf. Dauerkarten, für alle Tage gültig, 2.- Mk.
bei Barack und Billettwagen am Café Torwache.

Sommerprossen
werden unter
Garantie durch
VENUS (Stärke
M)
benutzt. Preis Mk. 2,75
Schnauwachen Teint nur durch Venus
GESICHTSWASSER
Preis Mk. 1.-, 1,60, 2,70
Wachmarkt-Apothek, Ring 44

**Buchhandlung
Volkswacht**
Modernes Uuiguarat
Breslau 3. W. Strauencstr. 5



**100 Stunden
Reklam-Verkauf
Fietz**

Samilien-Anzeigen

Verband der Deutschen Buchdrucker
Am 17. Juni verschied plötzlich unser Kollege,
der Setzer
Alfred Krause
(Neueste Nachrichten) 2318
im Alter von 47 Jahren.
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten
Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.
Einsäuerung: Dienstag, den 23. Juni, 17 Uhr,
im Krematorium Gräbschen.

Goldene Trauringe
jugenlos - Gravierung gratis 2149
Stadtbelannt billigste Preise
Größtes Lager auch in
Uhren und anderen Feinmetz-Artikeln
Für Frey reelle Bedienung bürgt
das 45 jährige Bestehen meiner Firma
Albert Möwius Gegr. 1886
Schmiedebrücke 56 Tel. 274 81
Achtung! Mein Geschäft befindet sich
nur in der Schmiedebrücke

Ein Lebensbild
von
Friedrich Engels.
Der Jugend erzählt
von Dr. Willi Cohn.
Preis 80 Pf.
Volkswacht-Buchhandlg.

**Stiebler
Lebensmittel**
sind die besten Helfer der Hausfrau
gute Qualitäten bei niedrigen Preise

Am 16. Juni starb nach längerer Krankheit
unser Mitglied
Frau Klara Klar 2322
im Alter von 41 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die freiwillig organisierten Mitglieder
des Freiwilligen Verkehrs der Schulfabrik S. Borsdorf
Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Halle in Cosel nach St. Barbara.

Trauerhüte
Inhalt 6000 Auswahl, ungetragene Preise!
Hulda Siedner
Schmiedebrücke 15/16 u. 12
Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Ein Irrtum
ist es, wenn Sie annehmen,
die kleine Anzeige
habe nur in d. bürgerlichen
oder sogenannten General-
Anzeiger-Pressen Erfolg.
257 Offerten
gingen im April 1931 auf
eine kleine Anzeige
in der **Volkswacht**
ein. Deshalb inserieren auch
Sie in der Volkswacht. Es ist

Hervorragende 1930'er Frische blumige Moselweine 1.20, 1.10, 1.00
Bowlen-Weine: Milde fruchtige Pfalzweine 1.10, 1.00, 0.90

Stieblers Morgenkaffee
1/4 Pfd. 75 Pf.
Die besonders feine Würze und
das kräftige Aroma dieses Kaffees
geben dem Körper die für die
Tagesarbeit erforderliche bele-
bende Anregung und Spannkraft.

Schwert mit
Jahres
Adamynin bei Gallensteinen, Leberleiden etc.
In allen Apotheken erhältlich.
Carl Adamy, Blücherpl. 3
(Mohren-Apothek).

**Sremdliches,
sauberes Logis**
für Herrn zu vergeben
Frankfurter Straße 44, part. rechts.

Ihr Vorteil!
Wohnungen
Ziele: 1 Zimmer, helle
Küche.
Suche: 2 Zimmer, helle
Küche, 6500
Offert. unt. B. 72 an die
Volkswacht, Sturmstraße 4.

Stieblers Kakao
1 Pfd. 0.60
Neu! Roter Zucker Pfd. 0.70
1 Postkoll 9 Pfund Inhalt
6.60 franko

Alleinverkauf für Schlesien
Ein Zusatz von rotem Zucker zum
Einmachen von Erdbeeren gibt den
Früchten ein frisches, der Natür-
lichkeit entsprechendes Aussehen.

Fruchtkreme-Waffeln 1/4 Pfd. 0.20
1 Pfd. 0.72
Pflaumenplätzchen 1/4 Pfd. 0.25
Hulbrach-Schokolade
die 100 gr. Tafel. . . . 0.20

Für die Wäsche: Edelkernseife, Frischgew. 500 g
Stück 0.35 3 Stück 1.00

Uhren u. Goldwaren
Spezialität 2148
fauglose Trauringe
Paul Alter Kapferschmiede-
straße 11
Neben Hirschhofstr.

Frauenwelt
Die „Frauenwelt“
den Frauen zum Lesen,
Denken und Schauen!

Kleine Anzeigen
Für kompact gelegte ein-
seitige Anzeigen von Ver-
kauf, Kaufgelegen u. a.
unter dem Prisma. Wort
3 Zeilen, fett 4 Zeilenige

Otto Stiebler
Zwingerplatz 5 u. 30 Filialen :: Fernruf 222

Lebensbilder
erzählt von Willy Cohn
August Bebel
Mit einem Bildnis. 90 Pfennige.
Buchhandlung Volkswacht, Breslau.

eine Halbmonatsschrift für die
Frau des schaffenden Volkes
Preis 35 Pf. Zu bestellen
bei allen Zeitungsträgern

2 Bettstellen, fast neu, mit
oder ohne Rahmen billig
zu verkaufen. Holzschilde,
Zietenstraße 20. 6478

Secretariat und Herrenschuhe,
38-40, verhuft Sperting, Sa-
bowastraße 66. 126

„Wen bevorzugen unsere Freunde und Frauen“

<p>Gebr. Scholz Breslau 1, Klosterstr. 53</p>	<p>Weine - Weinbrand Rum - Spirituosen</p>	<p>Ernst Heide Fleischere- und Wurstfabrik Markthalle-Ritterplatz, Stand 27/28</p>	<p>Adolf Hauschild Wurstfabrik Vorverkauf-Geschäfte in verschiedenen Stadtteilen</p>
<p>B. Pohl empfiehlt seine köstlichen Milch- u. Sahnechokoladen</p>	<p>A. Praus Koffer - Lederwaren - Reiseartikel Höchste Leistung durch Eigenfabrikation Renschestraße Nr. 41, am Königsplatz</p>	<p>H. Hupkas Gaststätten Matthiasstraße 38 / Adalbertstraße 27 Schanze Str. 25/27 / Frankfurter Str. 19 Angenehmer Familienaufenthalt Städiger, billiger Verkauf von We. und Spirituosen außer dem Hause</p>	<p>Reserviert!</p>
<p>G. Philippi & Co. Weingroßhandlung :: Gegr. 1828 Breslau 1, Albrechtstraße 16</p>	<p>Fernsprecher Sammelnummer 27141</p>	<p>Berücksichtigt unsere Inserenten!</p>	

Hausfrauen Breslaus, kauft die fettreiche, dampfsterilisierte Milch sowie die täglich frischen Molkereiprodukte der Breslauer Molkerei
Striegauer Mühlenwerke AG., Striegau i. Schl. empfohlen ihre prima Weizenmehle